

THE VOICE OF REFUGEES AND MIGRANTS

Zeitung der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

Selbstorganisation lokal stärken und Kämpfe verbinden

Zusammenkünfte organisieren und Break Isolation Camp 2012 vorbereiten

Sehr geehrte Leserin und Leser, dies ist die erste Ausgabe der Zeitung „The VOICE of Refugees and Migrants“. Wir haben in den letzten Jahren den Schwerpunkt unserer Arbeit auf die Bildung von Flüchtlingskomitees und –gemeinschaften gelegt. In zahlreichen Heimen Baden-Württembergs, Niedersachsens, Sachsen-Anhalts und Thüringens sind nun aktive Flüchtlinge in den Flüchtlingslagern. Aus diesen Lagern wird der Protest organisiert. Um diese Kämpfe stärker zu fokussieren und noch weitere Menschen zu informieren, haben wir bei unseren letzten Zusammenkünften entschieden, vierteljährlich mit einer Zeitung die Menschen um uns über unsere Kämpfe und über unsere Anliegen zu informieren.

Unsere Erfahrungen innerhalb des Netzwerks der KARAWANE zeigen, dass wir nicht in der Hoffnung warten können, bis die großen Staatsmänner oder –frauen Veränderungen zu unseren Gunsten herbeiführen. Wir vertrauen vielmehr in die Kraft unserer Nachbarinnen und Nachbarn in dieser Gesellschaft. Wir vertrauen darauf, dass die Wahrheit, die wir aussprechen, die große Politik Lügen straft. Huaman Domingo aus Peru solidarisierte sich mit dem Kampf der KARAWANE und schenkte allen Festivalteilnehmerinnen und –teilnehmer 2010 in Jena ein Wandbild (siehe unten). Darauf steht: „Die Menschenrechte sind für die Beherrschung der Völker der Welt.“

Mit der vorliegenden Zeitung wollen wir Ihnen liebe

Leserinnen und Leser offenlegen, wie die Menschenrechte in diesem Land für Flüchtlinge und MigrantInnen interpretiert und ausgelegt werden.

Wir wollen Sie einladen, sich gemeinsam mit uns für eine solidarische Zukunft einzusetzen. Setzen Sie sich mit uns in Verbindung, tragen Sie unsere Stimme weiter in die Gesellschaft hinein.

In 2012 haben wir uns vorgenommen, weitere Komitees in den Lagern aufzubauen. Wir wollen die lokalen Kämpfe miteinander verknüpfen und organisieren daher nächsten Sommer einen Camp in Thüringen. Beteiligen Sie sich an der Vorbereitung und helfen Sie mit vor Ort solidarische Strukturen aufzubauen.

die Redaktion

Wofür wir stehen?

Wir vom The VOICE Refugee Forum und dem Netzwerk der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen sind Flüchtlingsselforganisationen. Wir sind unabhängig von jedweden staatlichen oder halbstaatlichen Institutionen oder Organisationen.

In erster Linie haben wir uns seit unserer Gründung gegen die Abschiebungen von unseren Brüdern und Schwestern gestellt. Denn Deportationen wurden immer benutzt, um Menschen verschiedener ethnischer Gruppen, Religionen, Hautfarben, Sprachen und Geschlechter zu spalten, um die Herrschaft der Reichen und der ausbeutenden Klasse durchzusetzen.

Die heutigen Deportationen aus Deutschland zielen auf Menschen aus den dominierten Ländern, der sogenannten "Dritten Welt". Dadurch wird die Solidarität zwischen Flüchtlingen und MigrantInnen sowie Deutschen und Flüchtlingen unterminiert. Die weltweiten Kämpfe gegen Krieg und Ausbeutung sollen dadurch geschwächt werden.

Solidarität und Einheit zwischen uns sind der einzige Weg, den Angriffen des Staates und der Deportationsmaschine zu widerstehen. Wir, die Unterdrückten und Ausgebeuteten, beschlossen, uns zu solidarisieren und zu vereinen, um gegen jede Herrschaft zu kämpfen, die der Menschheit aufgezwungen wird.



KUNDGEBUNG ZUM 63. JAHRESTAG DER UNO-MENSCHENRECHTSEKKLÄRUNG

Die am 10. Dezember 1948 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete Allgemeine Menschenrechtserklärung garantiert in 30 Artikeln eine Auflistung von Grundrechten für jeden Menschen. Unter der Dominanz des weißen, bürgerlichen und kolonial geprägten Gesellschaftsbilds wurde die Charta verkündet als Ideal des friedlichen und sozial gerechten Zusammenlebens der Menschen, Völker und Staaten. In der Tat werden heute im Namen der Menschenrechte Kriege geführt. Die Allgemeine Menschenrechtserklärung ist in der Hand der westlichen Machteliten, der Führungsriege der Banken und Großkonzerne ein Propagandamittel zur Aggression und Invasion anderer Länder, sie ist ihre „weiße Weste“ und das „Feigenblatt“ zur Vortäuschung von Demokratie und Gerechtigkeit. Sie ist ein Label zur Verkleidung einer brutalen Wirtschaftsordnung, die alle sechs Sekunden ein Kind verhungern lässt. Laut dem langjährigen UN-Sonderbeauftragten für das Recht auf Nahrung und Schweizer Soziologen, Jean Ziegler, reichen die technologischen Entwicklungen - entsprechend eingesetzt - um die doppelte Zahl der heutigen Weltbevölkerung zu ernähren. Folgerichtig nennt er es Mord. Nicht ein Buch allein reicht aus, um die Menschenrechtsverbrechen, die durch die Staaten, die sich selbst überall als Hüter der Menschenrechte darstellen, aufzuzählen.

Wir sind in Hannover an diesem Jahrestag der Verabschiedung der Menschenrechts-Charta, um die Wahrheit darüber zu sprechen - auch und gerade was in dem Bundesland Niedersachsen die Menschenrechte bedeuten. Wir wollen die Menschen in Hannover ansprechen und wach machen, um gegen Unrecht und Menschenverachtung aufzustehen.

Vernetzt mit der „BREAK ISOLATION“ Kampagne in Thüringen, dem KARAWANE Netzwerk, The VOICE Refugee Forum wollen wir die Flüchtlingsgemeinschaft in Niedersachsen in ihrer Selbstorganisation unterstützen und eine Bewegung der Solidarität anstoßen. Wir laden Euch zur Beteiligung

ein.

Flüchtlinge an verschiedenen Orten in Niedersachsen kämpfen für ihre Menschenrechte, die ohne Not verweigert werden. Sie können und wollen die Erniedrigungen, rassistischen Gesetze und die Vergeudung und Zerstörung ihrer Leben nicht mehr hinnehmen. Im Frühjahr 2011 organisierten Flüchtlinge aus dem Landkreis Gifhorn Demonstrationen, nachdem Shambu Lama aus Nepal - seit 14 Jahren in Deutschland und Vater eines Sohnes - durch die Täuschung der Ausländerbehörde Gifhorn über seine bevorstehende Abschiebung in den Tod getrieben wurde. Seit Monaten machen Flüchtlinge aus dem Lager in Meinersen auf ihre Lage aufmerksam und erklären, dass viele dem psychologischen Druck und der Bedrohung durch die Be-

Kundgebungen am 10. Dezember 2011 in den Innenstädten Hannovers und Velberts

hörden nicht mehr standhalten. Sie fordern die Schließung des Lagers und das Recht eine Wohnung zu beziehen. Ebenso wie die Erlaubnis zu arbeiten, anstelle der erbärmlichen Versorgung durch den Staat - der dabei für die Unterhaltung des Lagersystems das meiste Geld verwendet und mit privaten Betreibern ein Geschäft auf Kosten der Betroffenen macht - wie mit dem niedersächsischen Unternehmen K&S Dr. Krantz Sozialbau in Sottrum bei Bremen.

Vor einigen Wochen haben wieder Flüchtlinge aus dem Lager Bramsche/Hesepe bei Osnabrück mit öffentlichen Protesten begonnen. Mit einer Pressekonferenz am 8. November 2011 kündigten sie für die kommenden Wochen weitere Proteste und öffentliche Aktionen an:

- Wir wollen in Freiheit und Würde leben!**
- Wir wollen nicht isoliert im Lager in Hesepe leben!**

Im Gegensatz zu den Schimmelbaracken oder maroden Kasernengebäuden wie die Lager in Zella-Mehlis und Gerstungen in

Thüringen oder in Velbert in Nordrhein-Westfalen ist Bramsche/Hesepe ein „weißes“ Lager. Es ist nicht der Zustand der Gebäude sondern die totale Isolation von der Gesellschaft. Der abgelegene Komplex vereint alles in sich - Kantine, Sanitätsstation, Behörde, Schule für die Kinder - alles, was ein Flüchtling nach Auffassung der deutschen Behörden braucht, um sein Verfahren abzuwarten. Bis zu 700 Menschen werden dort kaserniert, manche über Jahre.

Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) wurde mehrmals von der Organisation Jugend ohne Grenzen zum Abschiebeminister des Jahres gewählt. Jedenfalls zeichnet sich das Innenministerium in Hannover durch eine extrem repressive Haltung aus. Alle Landkreise werden angewiesen, kein Bargeld sondern Gutscheine auszuhändigen, die Unterbringung der Flüchtlinge zielt immer auf Isolation - selbst in Hannover gibt es Lager, die versteckt im Busch liegen. Die Abschiebepaxis im Land hat Shambu Lama das Leben gekostet und wurde vom Innenministerium für ordnungsgemäß befunden.

In einem Schreiben an den Landtagspräsidenten Hermann Dinkla vom Februar 2011 sah der ehemalige Vizepräsident des Bundesverfassung Mahrenholt durch die Abschiebepaxis das Ansehen des Landes gefährdet bezogen auf den Artikel 1 des Grundgesetzes zur Menschenwürde und schlug vergeblich einen „runden Tisch“ vor.

Wir tragen unseren Protest und unseren Aufruf zur Solidarität zu den Menschen auf die Straße. Wenn im Namen der Menschenrechte Länder angegriffen und bombardiert werden und wenn Flüchtlinge an den Grenzen Europas mit Militäroperationen gejagt werden und wenn Menschen hier in Lager unter Mangelversorgung gezwungen werden, dann stimmt etwas mit dieser Gesellschaft nicht. Darüber wollen wir am 10. Dezember 2011 mit Euch ins Gespräch kommen.

Der Kampf ist erst vorbei, wenn alle Menschen frei sein können!

Flüchtlingskämpfe aus den Lagern

Berichte über die Kämpfe der Flüchtlinge in Thüringen, Niedersachsen und Nordrheinwestfalen.

- Seite 2 & 3 -

In Gedenken an die Opfer des rassistischen Staats

Bericht über Michael Kelly, Christy Schwundt-eck, Mohammad Sillah und Oury Jalloh

- Seite 4 -

Selbstorganisation und Kooperation

Eine kritische Sicht auf linke/libertäre Solidaritätsstrukturen und Erfahrungen mit Flüchtlingsprotesten in Thüringen

- Seite 5 -

Verteidigungskampagne für Geschwister Ismailov

Für ein Ende der Repression und Verfolgung von Nuradil und Nurjana Ismailov durch die Ausländerbehörde im Landkreis Gifhorn.

- Seite 6 -

GEGEN AUSGRENZUNG, ABSCHIEBUNG UND

RASSISTISCHE MIGRATIONSPOLITIK

Am 22. Oktober 2011 haben 400 Personen in Bielefeld an der Demonstration gegen Ausgrenzung, Abschiebung und rassistische Migrationspolitik teilgenommen. Die Demonstration zog vom Hauptbahnhof durch die Innenstadt bis zur Zentralen Ausländerbehörde (ZAB). Hierzu riefen das Aktionsplenum moveandresist sowie die antira ag an der Uni Bielefeld gemeinsam auf.

Die Demonstration startete mit einer Auftaktkundgebung am Hauptbahnhof, wo die Musikgruppe 'Lebenslaute' mit ihren Musikstücken die Demo eröffnete. Anschließend gab es Solidaritätsgrüße aus Erfurt von 'The Voice-Refugee Forum', wo am gleichen Tag Migrant_innen, Flüchtlinge und Aktivist_innen aus dem gesamten Bundesgebiet gemeinsam auf die Straße gingen, um gegen die Flüchtlingslager und die rassistischen Isolation in Thüringen zu demonstrieren. Nach dem auch unsere Gruppe die Teilnehmer_innen begrüßte, zog der Demonstrationzug lautstark mit der Trommelgruppe Sambistas durch die Innenstadt. Am Rande wurden Flyer verteilt, die deutlich machten, warum die Demonstration stattfand und weshalb gerade auch in Bielefeld auf die verheerende Abschiebepolitik aufmerksam gemacht werden muss. Bei der ersten Zwischenkundgebung hielt eine Person vom 'Ak-Asyl' einen Redebeitrag zur „Anerkennung von Folter als Asylgrund“ hielt. Ein Redebeitrag vom Kurdistan Zentrum machte auf die rassistische Unterdrückung der Kurden in ihren Herkunftsstaaten und in Deutschland aufmerksam. Abschließend gab es noch die Vorführung eines 'Tribunals', indem alle Institutionen, die mit Abschiebungen zu tun haben, angeklagt wurden.

Am Rathaus thematisierte eine Redebeitrag von einer Person von der Gruppe 'moveandresist' die Situation von Flüchtlingen in Flüchtlingsunterkünften. Ein Redebeitrag von einer Person aus Remscheid, die über die 'Situation und Kämpfe in Flüchtlingsheimen' berichtete fand ebenfalls großes Interesse. Abschließend zur Kundgebung am Rathaus gab es noch eine Theateraktion, in der Abschiebung durch Fluggesellschaften thematisiert wurde.

Hiernach zog der Demozug mit der Trommelgruppe Sambistas und lautstarken Parolen zur ZAB am Stadtholz. An der ZAB wurden die Demonstrant_innen mit Transparenten zum Thema Bewegungsfreiheit empfangen, die einige Aktivist_innen dort im Vorfeld an den Straßenlaternen angebracht hatten. Eine Person vom Verein 'Hilfe für Menschen in Abschiebehäft' trug hier mit einem Redebeitrag über die „Geschichte des Aufenthaltsrechts“ an der Demo bei.

Bericht von moveandresist, Bielefeld

FLÜCHTLINGSHEIM TALSTRASSE UNBEWOHNBAR

Am 20. Oktober 2011 hatten die KARAWANE-Gruppen aus Velbert und Wuppertal zum zweiten Mal die Öffentlichkeit eingeladen, sich vor Ort ein Bild vom Flüchtlingsheim in der Talstraße in Velbert zu machen. Bereits im Vorfeld des Besuchs fand ein großes Treffen in der Talstraße statt [1]. An dem Besuch nahmen neben VertreterInnen lokaler Gruppen und der Presse auch eine Ärztin und zwei Bauingenieurinnen teil.

Der schwarze Schimmel in den Duschräumen wurde von der Bauingenieurin Katrin Schmidt als extrem gesundheitsgefährdend eingestuft [2]. Isis Kossatz stellte fest, dass die Häuser nicht bewohnbar seien. Zudem bestehe Unfallgefahr [ebd.].

Eine Woche nach dem Delegationsbesuch wurde der Film „H wie Heim(at)“ von Mehrandokht Feizi in den Räumen der Caritas Velbert gezeigt. Die 40-minütige Dokumentation entstand im Sommer 2010 und 2011. Frau Feizi begleitet mit ihrer Kamera die Flüchtlinge in ihrem Alltag und zeigt die Missstände auf. Eine Zuschauerin sagte bei der Premiere: „Ich schäme mich als Christin, wie hier die Menschenwürde verletzt wird.“

Aufgrund des öffentlichen Drucks war die Stadt gezwungen ihre Sanierungspläne zu beschleunigen [3, 4]. Es stellte sich heraus, dass die Stadt in einem leerstehenden Zimmer Kameras aufgestellt habe, um den Hinterhof zu überwachen [3]. Angeblich soll auf diese Art und Weise Vandalismus vorgebeugt werden. Es liegt den Mitarbeitern der Stadtverwaltung Velbert fern, zu verstehen, dass Perspektivlosigkeit in einem maroden Heim auf engstem Raum über Jahre hinweg selbst Ursachen für Krankheiten und Konflikte sein können.

„Das Heim muss geschlossen werden.“, stellte eine Besucherin der Filmvorführung am 27.10.2011 fest. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, ist eine Kundgebung am 10. Dezember 2011, am 63. Jahrestag der UNO-Menschenrechtserklärung, in der Velberter City geplant. Zwei Tage zuvor, am 8.11.2011, wird der Film „H wie Heimat“ erstmals in Wuppertal im Café Ada vorgeführt.

Verweise:

- [1] <http://thecaravan.org/node/3032>
- [2] Der Westen vom 21.10.2011, <http://www.derwesten.de/staedte/velbert/unwuerdige-zustaende-in-velberter-fluechtlingsheimen-id5186041.html>

[3] Der Westen vom 26.10.2011, <http://www.derwesten.de/staedte/velbert/fluechtlingsheim-wird-ab-januar-grundsaniert-id5202220.html>

[4] Westdeutsche Zeitung vom 28.10.2011, <http://www.wz-newsline.de/lokales/kreis-mettmann/velbert/fluechtlings-es-macht-den-kopf-kaputt-1.804460>

Bericht der Bauingenieurinnen Katrin Schmidt und Issis Kossatz nach dem Delegationsbesuch

Die Hauseingangstüren schließen nicht dicht und sind nicht verriegelbar.

Die Räume, in denen sich die festinstallierten Duschköpfe befinden, sind an Wänden und Decken mit starkem Algenbewuchs behaftet, in Teilbereichen zeigt sich schwarzer Schimmel. Die Fliesen haben sich teilweise von der Wand gelöst, der Putz zeigt feuchtbedingte Ausblühungen. Die Räume sind nur durch eine kreisrunde Öffnung (d= ca. 10 cm) im Kellerfenster be- und entlüftet. Es findet keine Zirkulation statt, die hohe Luftfeuchtigkeit bewirkt Tropfenbildung an der Betondecke. Die Schimmel- und Algenbildung stellt ein hohes gesundheitliches Risiko dar.

Die Kellerfenster sind fast alle defekt oder die Füllungen fehlen.

In den Treppenhäusern sind an den Wänden und Treppenläufen Feuchteschäden vorhanden. Gleiches gilt für die Außenwände, insbesondere in den Heizungsrisen der Fenster. Zum einen ist die Fassade nicht schlagregendicht, da die Schieferbekleidung teilweise ausgebrochen ist und fehlt. Hier dringt die Feuchtigkeit direkt ins Bimsmauerwerk ein. Die Ausblühungen in den Heizungsrisen deuten auf eine Wärmebrücke hin, die durch mangelhafte oder fehlende Außendämmung entsteht. Die Fenster sind nur einfachverglast und bieten keinen ausreichenden Wärmeschutz.

Die Bänder der alten Holzfenster sind teilweise ausgerissen, hier herrscht Unfallgefahr.

Im Familienhaus sind die Schäden an der Schieferfassade besonders umfangreich. Die Schieferplatten lösen sich und fallen herunter. Gerade für die dort wohnenden Kinder und Kleinkinder besteht hier eine hohe Verletzungsgefahr.

PROTESTE IN BRAMSCHE WEITEN SICH AUS

Wir wollen in Freiheit und Würde leben! Wir wollen nicht isoliert im Lager in Hesepe leben!

In Hesepe bei Bramsche protestierten im Frühjahr diesen Jahres Flüchtlinge wieder ein Mal gegen die Zustände im Lager. Der Protest im März richtete sich vor allem gegen die mangelhafte medizinische Versorgung, gegen das eintönige und gegen die nicht für alle geeignete Ernährung [1]. Damals bezeichnete Herr Bramm, der Leiter des Flüchtlingslagers in der Neuen Osnabrücker Zeitung die Beschreibung der Zustände durch die Flüchtlinge als haltlos [2]. Im gleichen Artikel hieß es weiter: „Um Abschiebungen zu vermeiden, setzt man hier auf sogenannte freiwillige Rückkehr, die unter anderem mit finanzieller Starthilfe verbunden ist“. Die Menschen würden von außen instrumentalisiert, sagte Herr Bramm weiter. Einer der Flüchtlinge, der sich in Bramsche für Veränderungen einsetzte wurde nach Hannover transferiert, um die Proteste im Keim zu ersticken.

Doch das, was nicht in das Denkmuster von Herrn Bramm passt, tritt ein: Die Flüchtlinge in Bramsche sind Menschen, die genau wissen, was gut und schlecht ist. Sie sind begabte Menschen, die vieles bereits in ihrem Leben gemeistert und viele Grenzen überwunden haben, um einen sicheren Ort zum Leben zu finden. Sie sprechen mehrere Sprachen, die sie auf ihren jahrelangen Reisen gelernt haben. Die Flüchtlinge aus Bramsche lassen sich durch den Transfer ihres Freundes nach Hannover nicht einschüchtern. Sie folgten dem Ruf der Flüchtlinge aus Meinersen zur der Flüchtlingskonferenz im Juli diesen Jahres nach Hannover. Dort erzählten sie über die Isolation, über die Residenzpflicht und dass sie, vor allem die jüngeren, ihre Freiheit wollen [3]. Sie besuchten das Lager in Meinersen und luden andere ein, sie zu besuchen [4].

Im September, nach dem immer mehr Flüchtlinge dem Lager in Bramsche zugewiesen wurden und die 1-Euro-Jobs als einzige



Verdienstmöglichkeit für die dort länger lebenden Flüchtlinge gekürzt wurden, formulierten die Flüchtlinge gemeinsam einen Aufruf an die Öffentlichkeit und schilderten ihre Situation: „Wir wenden uns an euch, weil wir die uns aufgezwungenen Lebensbedingungen nicht mehr ertragen.“ Sie legten ihre Probleme dar und berichteten über die Ignoranz der Lagerverwaltung: „Wir haben mehrmals die Lagerleitung und die vor Ort ansässigen Behörden über unsere Anliegen informiert. Die Leitung des Lagers, Herr Conrad Bramm vermeidet jeglichen Kontakt und entzieht sich den Gesprächen mit uns. Mehrmals forderten wir ihn und das Lagerpersonal auf, unsere Beschwerden ernst zu nehmen. Es geschah nichts, also protestierten wir im Februar.“ Sie nannten ihre gemeinsame Forderungen und bekundeten ihre Entschlossenheit für diese zu kämpfen: „Wir protestierten im Freien und werden uns weiterhin für unsere Forderungen gemeinsam einsetzen. Diese sind: Transfer der Flüchtlinge in die größeren Städte Niedersachsens in private Wohnungen, die dem Land auch insgesamt weniger Geld kosten und uns ein selbstbestimmtes Leben erlauben; Aufhebung der Residenzpflicht, damit wir uns nicht wie Gefangene fühlen müssen; Arbeitserlaubnisse für diejenigen, die arbeiten wollen und können.“

Eine Delegation der Bramscher Flüchtlinge beteiligte sich am

22. Oktober 2011 am Aktionstag in Erfurt und überbrachte dort die solidarischen Grüße aus Bramsche.

Drei Tage später organisierten die Freunde eine Pressekonferenz vor dem Lager Hesepe mit anschließender Demonstration. Die Pressekonferenz fand in drei Fernsehsendungen und in einigen Tageszeitungen ein Echo [5]. Gegenüber dem NDR sagte Herr Bramm [6]: „Wir sind die helfende Hand, wenn Ausländer ausreisepflichtig sind.“

Die Pressekonferenz und die spontane Demonstration am 8.11.2011 war ein weiterer Schritt der Selbstbehauptung und der Verteidigung der Menschenwürde. Das Lager in Bramsche gehört der Geschichte an und der Kampf der Flüchtlinge für dessen Schließung ist legitim und verdient die volle Unterstützung. Die Grenzfrei-Gruppe in Münster organisierte eine Woche später eine Informationsveranstaltung, damit dieser Kampf weiter bekannt wird.

Verweise:

- [1] Streik im Lager Hesepe, 24.02.2011: <http://www.youtube.com/watch?v=BvKx-TN3ELI>
- [2] Proteste in Bramsche: Wo Asylpolitik ein Gesicht bekommt: <http://www.noz.de/lokales/52158202/proteste-in-bramsche-wo-asylpolitik-ein-gesicht-bekommt>
- [3] Bericht: niedersächsische Flüchtlingskonferenz 02. Juli: <http://thecaravan.org/node/2968>
- [4] Bericht einer Wuppertaler Delegation über Bramsche: <http://thecaravan.org/node/3037>
- [5] Solidaritätserklärung und Reaktionen Pressekonferenz: <http://thecaravan.org/node/3080>
- [6] NDR, Hallo Niedersachsen: <http://www.youtube.com/watch?v=Gj3yymmIFWdM&feature=related>

2012 - JAHR DER SCHLISSUNG DER FLÜCHTLINGSLAGER

Bericht über den Aktionstag am 22. Oktober 2011 in Erfurt • Selbstorganisation stärken und Austausch Flüchtlingskomitees fördern • Break Isolation Camp 2012



Am 22. Oktober 2011 versammelten wir uns in Erfurt, um das rassistische Ausgrenzungssystem der Isolationslager und der Residenzpflicht in die Öffentlichkeit zu tragen. Ziel war es nicht, hier Forderungen an bestimmte Vertreter des Staates oder der Institutionen zu stellen. Denn eines haben wir in den vielen Jahren der Flucht, Migration, Vertreibung und des Lagerlebens hier in Deutschland gelernt: Unsere Freiheit wird uns nicht von jemandem gegeben. Wir müssen sie selbst erkämpfen. So eröffnete auch Milud Lahmar Cheriff, Mitglied von The VOICE Refugee Forum aus dem Isolationslager Zella-Mehlis seinen Redebeitrag an die Erfurter Bevölkerung und an die Passanten: „Wir sind heute hier, weil etwas nicht in Ordnung ist. Wir sind heute hier, weil wir euch auf der Straße und diese Gesellschaft über uns informieren wollen. Wir wollen, dass ihr uns zuhört. Darum wäre ich über eure Aufmerksamkeit sehr dankbar.“ Er betonte, dass es uns nicht darum ginge, Politiker und Regierungen zu erreichen. Vielmehr gehe es darum, den Menschen die Lage zu schildern, damit sie selbst urteilen und dementsprechend handeln können. Denn die Menschen haben es in der Hand die Gesellschaft und die Regierung zu verändern. Er zählte die staatlichen Mittel der Isolation und Absonderung von der Gesellschaft auf und richtete die Frage an die Menschen auf der Straße: „Ihr kauft mit Bargeld - wir mit Gutscheinen, ihr dürft Euch im Land frei bewegen - wir nicht; ihr lebt in Wohnungen - wir in isolierten Lagern. Warum ist dies so?... Akzeptiert es oder nicht, der deutsche Staat ist rassistisch. Sie tun ihre Arbeit und sie sind sehr hochqualifiziert in der Zerstörung von Menschenleben. Der deutsche Staat ist rassistisch und die Gesetze sind rassistisch. Rassismus ist die Überschrift hier.“, führte Milud L. Cheriff weiter aus. Rex Osa von THE VOICE Refugee Forum aus Baden-Württemberg ergänzte: „Immer wieder bei unseren öffentlichen Aktionen und Protesten sagen uns Deutsche, dass sie über die Bedingungen, denen wir als Flüchtlinge unterworfen sind, nicht informiert seien – ebensowenig wie über die Sondergesetze gegen uns oder die Steuergelder für die Unterhaltung eines schrecklichen Lager-system. Durch die Isolation und Ausgrenzung der Flüchtlinge werden nicht nur die Grundrechte der Flüchtlinge verletzt, sondern auch die der deutschen Staatsbürger. Sie alle haben ein Recht auf die Wahrheit und ein Recht darauf, zu erfahren, was in ihrem Land passiert.“ Break Isolation Kampagne ziele darauf ab, sowohl die Flüchtlinge als auch die Bürger dieses Landes näher zusammenzubringen, damit solidarische Strukturen für die Überwindung unserer gemeinsamen Probleme und eine gemeinsame Perspektive entstehen.

Die Grundlagen der Kontinuität

Unsere Zusammenkunft war zugleich ein Zeichen der Stärke durch Solidarität. Die Kundgebung und Demonstration in Erfurt bildeten nach dem KARAWANE-Festival 2010 „Vereint gegen koloniales Unrecht, in Erinnerung an die Toten der Festung Europa“ den Höhepunkt der Selbstorganisation der Flüchtlingsgemeinschaften Thüringens und der Kampagne Break Isolation. Osaren Igbinoba von THE VOICE Refugee Forum: „Wir wissen, was es bedeutet hier zu sein. Wir wissen, was es bedeutet im Kampf zu sein. Eure Anwesenheit ist das Wichtigste. Eure Anwesenheit macht heute Geschichte.“ The VOICE Refugee Forum ist die älteste Flüchtlingselbstorganisation in Deutschland. Aktive Flüchtlinge von THE VOICE haben viele Kämpfe in Thüringen und in anderen Teilen Deutschland gegen die Deportationen, die Lager und die Residenzpflicht geführt und dabei die Bildung vieler Initiativen und Flüchtlingsgemeinschaften durch ihre vorbildliche und aktive Rolle in den Kämpfen der Flüchtlinge angestoßen. Einige Schritte aus den letzten Jahren, die die Selbstorganisation befördert haben, sollen hier erwähnt werden:

- Der offensiv geführte Kampf für die Schließung des Lagers in Katzhütte, dessen Funke weitere Kämpfe in anderen Lagern Thüringens wie in Gehlberg, Apolda und Gerstungen und in anderen Bundesländern (Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen) entfachte.
- Die Konferenz gegen koloniales Unrecht in Jena in September 2009 [1], bei der die Organisation des Festivals in Jena und die Ausrichtung eines Tribunals gegen die Bundesrepublik Deutschland beschlossen wurden. Weiterhin wurde bei dieser Konferenz von den anwesenden Flüchtlingsgemeinschaften aus Thüringen, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg der Aufbau von Flüchtlingsgemeinschaften als wichtigstes Ziel deklariert [2]. Anknüpfend an die Diskussionen und die Erfahrungen des Flüchtlingskampfes entstand der Text gegen koloniales Unrecht [3].

niales Unrecht [3].

- Das KARAWANE-Festival 2010 in Jena „Vereint gegen koloniales Unrecht, in Erinnerung an die Toten der Festung Europa“ demonstrierte einzigartig die Stärke der Selbstorganisationen, die kulturelle Vielfalt und den Willen in Gedenken an die toten Opfer des kolonialen Unrechts das Leben und die Würde der Lebenden zu verteidigen. Das Festival war vor allem auch durch die aktive Einmischung vieler junger Menschen aus Jena möglich gemacht worden, die anschließend das Break Isolation Bündnis mit anderen Einzelpersonen und Gruppen gründeten. Das Festival inspirierte ebenfalls andere Flüchtlinge außerhalb Thüringens, sich zu organisieren und mit anderen zu vernetzen wie in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

- Die kontinuierliche Durchführung von Treffen in den Lagern und in zentralen Städten von Thüringen in 2011 durch The VOICE Refugee Forum und das Break Isolation Bündnis. Diese kontinuierliche Arbeit konnte nur durch eine klare Überzeugung und Entschlossenheit aller beteiligten Aktivistinnen und Aktivisten von THE VOICE Refugee Forum und des Break Isolation Bündnisses geleistet werden. Denn jede Zusammenkunft und jedes Treffen bedeutet die Überwindung der Residenzpflicht durch zivilen Ungehorsam und der Hingabe aller, die nicht nur ihre Zeit für die Organisation, der Vorbereitung der Treffen und der Dokumentation gewidmet haben, sondern auch finanziell die Grundlage für die Reisen der Flüchtlingsfreunde gelegt haben.

Solidarität und Zusammenhalt als Basis der Bewegung

Die Erfurter Aktion war eine Demonstration der Stärke und Solidarität aller Aktivistinnen und Aktivisten aus Thüringen und eine klare Formulierung der Ziele der Flüchtlingsgemeinschaften: „Schließung aller Flüchtlingslager“. Die Erfurter Aktion machte deutlich, dass die Flüchtlinge aus Thüringen, THE VOICE Refugee Forum und das Break Isolation Bündnis nicht alleine stehen. Neben den Flüchtlingsgemeinschaften aus Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg waren Vertreterinnen und Vertreter der KARAWANE-Gruppen aus Berlin, Bremen, Hamburg, Wuppertal, der VOICE-Gruppen aus Berlin und Stuttgart, sowie vieler anderer Gruppen aus dem antifaschistischen und kapitalismuskritischen Spektrum aus Thüringen sowie Zusammenschlüsse von Künstlerinnen und Künstler aus Berlin und Jena anwesend. Ein Flüchtling aus Bramsche ergriff kurz nach seiner Ankunft das Mikrofon und begrüßte im Namen seiner Freundinnen und Freunde aus Bramsche [4] die anwesenden: „Ich bringe euch die solidarischen Grüße aus Bramsche!“.

Kein Kompromiss mit Lager

Eine Rednerin der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen aus Wuppertal machte deutlich, dass es keine Kompromisse mit Lagern geben kann: „Doch wir leben auch in einem Zeit, in der Opfer an ihre Kraft glauben, und die Regierungen und die Diktatoren kippen können. Sie glauben an ihre Kraft und gehen auf die Straße, so wie wir heute am Anger, in Erfurt, in der Landeshauptstadt Thüringen an unsere Kraft glauben und sagen: Wir lassen uns nicht mehr in diesem Lager-system aufhalten!. Unsere Kinder haben das Recht auf Leben. Das Recht auf Leben ist unser Recht. Uns wenn ihr es anpackt, werdet ihr es mit unserem Widerstand zu tun haben.... Es lebe die Solidarität von uns allen. Und lasst uns verdammt nochmal diese Lager schließen. Lasst uns dafür kämpfen, dass alle Menschen ein würdiges Leben führen können, dass unsere Kinder nicht mitkriegen, dass in diesem Land Gefängnisse da sind, die Menschen und Kinder in sich beherbergen. Lass uns dafür kämpfen, für die Freiheit auch in diesem Land.“

Deutschland selbst verursacht für Flucht und Vertreibung

Ein afghanischer Flüchtling sprach darüber, inwieweit Deutschland selbst schuld daran ist, dass Menschen fliehen müssen. Er verwies auf die hohen Waffenexporte Deutschlands hin und erwähnte die 80.000 in der Waffenindustrie beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter, die ihr Lebensunterhalt durch die Waffenverkäufe sichern. Durch das Big Business mit Waffen- und Rüstungsproduktion müssen immer Kriege und bewaffnete Konflikte geschaffen werden und diese finden dann meist in unseren Ländern statt. Auf der anderen Seite hört man tagtäglich bei den Behörden und in den Lagern, dass man zurückgehen solle, wenn es einem hier nicht gefällt. „Doch wer ist verantwortlich für diese Kriege?“ fragte er zuletzt.

Stärkung der Selbstorganisation

Der Aktionstag in Erfurt inspirierte und stärkte alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet. THE VOICE

Refugee Forum rief das Jahr 2012 zum „Jahr der Schließung der Lager“ aus. In Thüringen soll es im kommenden August einen größeren Aktions-, Bildungs- und Diskussionscamp gegen Flüchtlingslager geben. Es soll ein Ort sein, in dem die Solidarität durch Erfahrungsaustausch und gemeinsame Aktionen gestärkt wird. Das Camp ist ein Zwischenschritt auf dem Weg zum Tribunal gegen die Bundesrepublik Deutschland, das im Sommer 2013 in Berlin sein wird.

Was ist bis dahin zu tun? Unsere Strategie sollte die weitere Stärkung der Flüchtlingsgemeinschaften und -komitees und ihre Vernetzung untereinander sein. Was bedeutet dies konkret? Es bedeutet, dass Aktivistinnen und Aktivisten aus den Lagern regelmäßig andere Lager besuchen. Sie analysieren gemeinsam die Situation und berichten gleichzeitig über ihre eigenen Kämpfe und laden die Schwestern und Brüder aus diesen Heimen zu Treffen und Aktionen ein. Unsere Schritte sollten sich daran messen lassen, inwieweit weitere Flüchtlinge sich in der Bewegung involvieren und wie wir uns weiterhin mit unseren Fähigkeiten und Erfahrungen ergänzen und stärken können. Welche Schritte sind angemessen, um die Selbstorganisation der Flüchtlinge in anderen Bundesländern, z.B. in Baden-Württemberg und in Niedersachsen und den Aufbau von Lagerkomitees zu erleichtern? Wie informieren wir regelmäßig unsere Schwestern und Brüdern in den Lagern und wie häufig können wir lokale oder regionale Treffen organisieren, damit wir uns im Prozess des Kampfes gegen Abschiebungen, gegen das Lager-system und in der Verteidigung unserer Freundinnen und Freunde noch näher kommen können?

Es ist vielleicht hinzuzufügen, dass die Selbstorganisation ohne



den gleichzeitigen Kampf gegen die konkrete Form der Ausgrenzung, Repression oder Abschiebung nicht voranschreiten wird. Anders: Ohne den tagtäglichen, kompromisslosen und konkreten Kampf gegen die Behörden und Lagerverwaltung wird es keine Selbstorganisation geben und ohne den ständigen Austausch untereinander wird der geführte Kampf nicht zu einer weiteren kontinuierlichen Säule unseres Kampfes gegen das Abschieberegime wachsen. Folglich sollte es unser Ziel sein, alles daran zu setzen, aktive und nach vorne drängenden Schwestern und Brüdern die notwendigen Mittel und Räume zur Verfügung zu stellen, damit sie sich austauschen und gleichzeitig jeden Angriff sofort entweder mit Aktionen oder öffentlichen Kampagnen abwehren können.

Folglich sind die aufflammenden Kämpfe in Niedersachsen von unseren Netzwerken besonders zu unterstützen und die Verteidigungskampagnen für die Geschwister Nurjana und Nuradil aus Gifhorn/Niedersachsen und für unsere Schwester Bela aus Gotha / Thüringen intensiv zu führen.

Der Tag in Erfurt wurde von zwei Songs von Nuradil beendet, in denen er seine Erfahrungen als jungen Flüchtling und dem Leben hier in Deutschland schildert:

....Und wenn Du gefangen bist in diesem Asylantenheim

Wünschst du dir nur eins: Ein freier Mensch zu sein.

Migranten in Deutschland gibt nicht auf.

Wir müssen stark in unserem Leben sein.“

Videos und Bilder der Aktion: <http://breakisolation.blogspot.de/>

Verweise:

- [1] Karawane Konferenz: Vereint gegen Koloniales Unrecht in Deutschland: <http://thecaravan.org/node/2125>
- [2] Austausch über Organisation und Widerstand in den Lagern: <http://thecaravan.org/node/2264>
- [3] The VOICE Netzwerk zum Thema Koloniales Unrecht in Deutschland: <http://thecaravan.org/node/2017>
- [4] Wir wollen nicht isoliert im Lager in Hesepe/Bramsche leben!: <http://thecaravan.org/node/3038>

IN GEDENKEN AN MOHAMMAD SILLAH

gestorben am 14.1.2007 in Remscheid



Mohammad Sillah, ein junger Flüchtling aus Guinea, starb am 14. Januar 2007 im Alter von 23 Jahren. Er war Singer-songwriter und gab Konzerte in Guinea wie auch in Deutschland. Ein Freund von ihm sagt: „Seine Musik ist afrikanische Kultur. Überall, wo ich sie gehört habe, habe ich gesagt, diese Musik bin ich. Von da komme ich her.“

Anfang Januar 2007 litt Mohammad Sillah unter heftigen Schmerzen. Er ging zum Arzt. Dieser forderte ihn auf, sich zuerst beim zuständigen Sozialamt einen Krankenschein geben zu lassen. Der Mitarbeiter des Sozialamts gab ihm keinen Krankenschein, weil er sowieso das Land verlassen müsse. Einige Tage später, am 11. Januar wurden die Schmerzen unerträglich. Mohammad Sillah ging zum Hausmeister des Flüchtlingsheims und bat ihn, einen Krankenwagen zu rufen. Der sagte: „Wenn du schon die Treppen geschafft hast, kannst du auch alleine ins Krankenhaus gehen.“ Ein afrikanischer Flüchtling, der im selben Heim wohnte, begleitete Mohammad. Unterwegs brach Mohammad zusammen und wurde von seinem Mitbewohner auf den Schultern zum nahen Krankenhaus getragen. Drei Tage später wurde Mohammad nach Essen in einer Klinik verlegt, wo er starb.

Seit dem protestieren seine ehemaligen Mitbewohner und Freunde aus Remscheid jährlich an seinem Todestag und benennen die verantwortlichen Personen. Die Stadt Remscheid bezweifelt den Wahrheitsgehalt der obengenannten Behauptung und hat uns in Sommer 2010 mit Klage gedroht. Bei dem Gespräch zwischen Mohamed Sillah und dem Sachbearbeiter der Stadt Remscheid war unseres Wissens keine weitere Person anwesend. Allerdings gibt es Zeugen, denen Mohammed Sillah unmittelbar nach seinem Besuch bei der Stadt Remscheid diese Äußerung weitergegeben hat.

Am 14. Januar 2012 wird in Remscheid öffentlich an Mohammad Sillah gedacht und gegen die tödliche Flüchtlingspolitik

SCHWEIGEN UM CHRISTY SCHWUNDECKS TOD

Initiative fordert Aufklärung



Genau ein halbes Jahr nach dem Tod von Christy Schwundeck protestierten am 19. November 2011 über 100 Menschen vor der Staatsanwaltschaft und der Polizei in Frankfurt am Main und verlangten Aufklärung über die Todesursachen. Christy Schwundeck wurde am 19. Mai 2011 im „Jobcenter“ Gallus in Frankfurt am Main von der Polizei erschossen. Bis heute sind die Einzelheiten ungeklärt und auf viele Fragen der Familie und der schwarzen Community gibt es keine Antworten. Informationen über den Stand der Ermittlungen werden nicht öffentlich gemacht.

Was war am 19. Mai 2011 passiert? Am Morgen des 19. Mai ist Frau Schwundeck wegen der Auszahlung eines Betrags von 10,26€ zum „Jobcenter“ Gallus und hat dieses nicht mehr lebend verlassen. Den Medien entnahmen wir, dass Frau Schwundeck auf die Auszahlung bestand. Da sie aber nicht gehen wollte, haben die Sachbearbeiter des „Jobcenters“ die Polizei gerufen. Die Polizei Frankfurt behauptete nach dem Tod Frau Schwundecks, sie hätte die Polizeibeamten mit einem Messer angegriffen. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main und das LKA Wiesbaden erklärten einige Stunden nach dem Tod von Frau Schwundeck, es handele sich um einen klaren Fall von Notwehr, da Frau Schwundeck einen Kollegen der Polizeibeamtin mit einem Messer angegriffen und verletzt habe. Wie kann es aber sein, dass der zuständige Sachbearbeiter erklärte, dass er das besagte Messer „definitiv nicht gesehen“ hat und trotzdem von einem Messer und der daraus resultierenden Verletzung eines Polizisten gesprochen wird [1]?

Die Initiative Christy Schwundeck, die Familie des Opfers verlangen eine lückenlose Aufklärung.

Siehe: <http://www.initiative-christy-schwundeck.blogspot.com>

Verweise:

[1] Nach den Schüssen, Frankfurter Rundschau vom 14. Juli 2011

TOD IM LAGER – WIR TRAUERN UM MICHAEL KELLY

Mitte September starb Micheal Kelly aus Liberia im Alter von 37 Jahren einsam im Flüchtlingslager in Gerstungen in Thüringen. Sein genauer Todeszeitpunkt ist nicht bekannt, denn sein Tod wurde erst Tage später entdeckt. AktivistInnen von The Voice besuchten das Lager, um Näheres zu erfahren.

„Ich musste helfen, den Leichnam herunterzutragen,“ erzählt ein Mann. „Der Afrikaner ist noch nicht lange im Lager gewesen, so ein bis zwei Monate“. Der Mann kannte ihn nicht, sieht besorgt aus, scheint darauf zu gewartet zu haben, dass ihn jemand danach fragt. „Die Polizei war hier, aber sie haben nicht mit uns gesprochen.“ Er hat gehört, wie der Arzt gesagt hat, dass Michael Kelly wohl schon mehr als eine Woche tot in seinem Zimmer gelegen hat. Nur wegen des Gestankes hat jemand bei der Kontrolle das Zimmer aufgemacht. Dann sind sie reingegangen, mit Mundschutz. „Und jetzt versuchen sie uns davon abzulenken, damit wir nicht nachfragen, und wenn wir fragen, ist die einzige Antwort: wir wissen es nicht. Dann wurde drei Tage danach ein Kinderfest veranstaltet“, sagt er, das kam ihm seltsam vor, „vor einigen Tagen wurde hier noch eine Leiche runtergetragen und niemand sagt uns, was genau passiert ist.“

Michael Kelly ist augenscheinlich krank gewesen. Der Mann sagt, dass er es war, der zu der Heimleitung gegangen ist, um einen Krankenschein für Michael zu beantragen. Zusammen sind sie dann zu einem Arzt in Suhl gegangen. Der hat daraufhin angerufen und den Mann sofort ins Krankenhaus nach Jena geschickt. Nach drei Wochen ist Michael Kelly allerdings zurückgebracht worden. Auf die Frage, ob ein Arzt bei ihm gewesen ist, sagt er, „nobody came to visit him, they gave him some tablets. They told him, you have to see the doctor but he refused to go.“ Er hatte keine psychologische Betreuung.

Das Zimmer ist verschlossen, Michael Kellys Kleider und Sachen sind in blauen Plastiktüten von Mitarbeitern der Ausländerbehörde wegtransportiert worden, das Zimmer wurde sterilisiert. Aber was ist mit dem Rest des Gebäudes, dem Gemeinschaftsbad, den Toiletten?

Draußen sind zwei Frauen mit ihren Kindern. „Hier ist einer gestorben“, sagen sie, „der hat gehustet die ganze Zeit, alles ist schmutzig hier.“ Die Frau bittet die AktivistInnen von The Voice mitzukommen, um ihr Zimmer zu filmen. „Mein Sohn



hustet immer, die Ärzte sagen das ist Asthma.“ Sie zeigt den ärztlichen Bescheid, in der die dringende Empfehlung für subkutane Hyposensibilisierung mit Milbenlösung steht, was normalerweise nur bei sehr gefährlichen Asthmaerkrankungen verordnet wird. Die Mutter zeigt verzweifelt, wo sie und ihre Kinder schlafen: Schimmel, bröckelnder Putz und alte Mauern, staubige Betten. „Ich habe Angst, dass mein Sohn erstickt“, sagt sie.

„Mein Sohn ist in Deutschland geboren und hat überall Ausschlag – Allergie“, sagt die andere Frau. Das Kind auf ihrem Arm ist übersät mit kleinen, roten Flecken im Gesicht.

Eine andere Frau bekommt im Monat 40 Euro dafür, dass sie die Toiletten und die Duschen putzt und den Müll runterbringt. „Wenn ich das nicht mache, habe ich gar nichts“, sagt sie. Die Flüchtlinge leben teilweise seit fünf, acht oder fünfzehn Jahren im Lager, sie schlafen in alten staubigen Betten. Die Lebensmittel von Penny müssen in einer stinkenden Küche aufgewärmt werden. Jeden Morgen wird die Anwesenheit der Flüchtlinge kontrolliert. Nur sterben kann man hier unbemerkt, bis die Leiche anfängt zu stinken. Michael Kelly war ein kranker Mann. Er starb, das ergab die Obduktion, an den Folgen einer schweren Lungenentzündung und einer vorausgegangenen schweren Immunschwäche. Ein sogenanntes Fremdverschulden wird ausgeschlossen. Michael Kelly starb eines „natürlichen Todes“. Für die Staatsanwaltschaft ist der Fall damit abgeschlossen. Doch es bleiben viele Fragen offen: warum wurde der Tod Michael Kellys erst so spät entdeckt? Wur-

MORD AN OURY JALLOH WIRD WEITER VERTUSCHT

grausam verbrannt am 07.01.2005 im Dessauer Polizeigewahrsam

Vor knapp sieben Jahren, am 7. Januar 2005 verbrannte Oury Jalloh in der Dessauer Zelle Nr. 5 der Polizeiwache in der Wolfgangstraße 25. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft behaupteten kurze Zeit später einstimmig, der Asylbewerber Oury Jalloh aus Guinea hätte sich selbst angezündet und so das Leben genommen. Die Freunde von Oury Jalloh glaubten nicht an die schnell verkündete Version und fingen an die Wahrheit zu suchen.

Vier Tage später, am 11. Januar 2005 taucht auf einer zweiten Asservatenlisten ein Feuerzeug auf, welches in der ersten präsentierten Liste nicht vorhanden war. Die Mutter von Oury Jalloh Frau Mariama Djombo D. beauftragt die Rechtsanwältin Regina Götz sie zu vertreten. Die Rechtsanwältin fordert eine zusätzlich Röntgenuntersuchung der Leiche Oury Jallohs. Diese Forderung wird von der Staatsanwaltschaft abgelehnt. Eine zweite Obduktion der Leiche in April 2005 wird dennoch durchgeführt und von der mittlerweile gegründeten Initiative in Gedenken an Oury Jalloh finanziert. Die Untersuchungsergebnisse waren niederschmetternd: Oury Jallohs Nasenbein war gebrochen, sein Mittelohr verletzt.

Am 6. Mai 2005 reicht die Staatsanwaltschaft Dessau eine Anklage gegen die Polizisten Andreas Schubert und Hans-Ulrich März beim Landgericht Dessau ein. Die Anklage schließt eine bewusste Tötung Oury Jallohs aus. Sie wirft Andreas Schubert vor, nicht sofort gehandelt zu haben. März wirft sie vor, ein Feuerzeug übersehen zu haben. Die Eltern Oury Jallohs wollen als Nebenklägerin und Nebenkläger am Prozess teilnehmen. Das Gericht braucht 17 bzw. 15 Monate um die Zulassung zu prüfen. Es entsteht der Eindruck, dass bewusst die Eltern vom Gerichtsverfahren ausgeschlossen werden sollen. Nur durch den öffentlichen Druck der Straße, vor allem der afrikanischen Community und der Flüchtlinge und MigrantInnen erfolgt die Zulassung. Sie waren die einzigen, die von Anfang an drei Wörter verteidigten: „Das war Mord!“ Immer wieder müssten diese Wörter verteidigt werden, auf der Straße, im Gerichtssaal, gegenüber den Medien... Von Anfang an wurden die offensichtlichen Fragen, von der Staatsanwaltschaft in Dessau, vom Richter des Prozesses und von allen ermittelnden Beamten nicht verfolgt. Je länger der erste Prozess in Dessau dauerte, desto klarer wurde es, wie die Fakten entweder bewusst beseitigt oder vernichtet worden sind. Am Ende des ersten Prozesses nach 59 Verhandlungstagen verkündete der vorsitzende Richter Steinhoff am 8.12.2008: „Das, was hier geboten wurde, war kein Rechtsstaat mehr, und Polizeibeamte, die in besonderem Maße dem Rechtsstaat verpflichtet waren, haben eine Aufklärung verunmöglicht.“ Doch selbst Herr Steinhoff, geht im schriftlichen Urteil

auf die Lügenkonstrukte der Polizei während des ersten Verfahrens nicht ein. Es wurden auch seitens der Polizei keine Konsequenzen gezogen gegen all die fahrlässigen Fehler: verschwundene Beweismaterialien, gelöschte Videoaufnahmen des Tatorts, öffentliche Beschreibung des Tathergangs als Hausinfo an alle beteiligte Beamten.

Nach dem das Bundesgerichtshof eine Wiederaufnahme des Verfahrens angeordnet hat, begann ein zweiter Prozess in Magdeburg. Im Laufe des zweiten Verfahrens sind neue Tatsachen ans Licht gekommen: Der Polizeibeamte März war laut Aussage von Torsten Beck mit einem anderen Beamten um 11:30 Uhr, also kurz vor dem Ausbruch des Feuers in der Zelle Nr. 5, wo Oury Jalloh starb. Diese Aussage kann aber nicht mehr überprüft werden, weil die Einträge vom 7. Januar 2005 aus dem elektronischen Journal nicht mehr existieren. Sie müssen im Nachhinein gelöscht worden sein. Die Frage, wer diese Daten gelöscht haben könnte beschäftigt immer noch das Gericht.

Der BGH kritisierte bei der Zulassung der Revision, dass die Brandentstehung nicht ausreichend geklärt wurde. Vor dem Landgericht Magdeburg ist aber wieder nur der gleiche Brandgutachter wie im ersten Prozess zu hören, andere Brandgutachter wurden vom Gericht nicht benannt. Der Brandgutachter Klaus Steinbach gab in Magdeburg zu, dass er vor Prozessbeginn in Dessau klare Anweisungen von der Staatsanwaltschaft in Dessau bekommen hatte. Er sollte in den Brandversuchen nur zu klären versuchen, wie ein Brandverlauf wäre, wenn Oury Jalloh selbst das Feuer entzündet hätte. Das Landgericht Magdeburg muss aus der Sicht der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh einen neuen internationalen Brandgutachter benennen, der tatsächlich „in alle Richtungen“ ermittelt. Ein unabhängiger Brandgutachter sollte unabhängig mögliche Brandursachen untersuchen und anhand der ihm vorliegenden Fakten mögliche Hypothesen aufstellen dürfen. Geschieht dies nicht, wird bei diesem Prozess genauso wenig wie bei den Verhandlungen in Dessau ermittelt werden, wie Oury Jalloh gestorben ist.

Demonstration in Gedenken an Oury Jalloh am 7. Todestag von Oury Jalloh und Laye Konde in Dessau am 7. Januar 2012.

Mehr Infos folgen auf :

www.thecaravan.org



SELBSTORGANISATION UND KOOPERATION

Eine kritische Sicht auf linke/libertäre Solidaritätsstrukturen

Eine kritische Sicht auf linke/libertäre Solidaritätsstrukturen und Erfahrungen mit Flüchtlingsprotesten in Thüringen
The VOICE Refugee Forum – Autonomie oder Isolation?
Brot und Butter vs. Befreiungsvision

„Break Isolation!“ ist der Slogan der aktuellen Kampagne eines gleichnamigen Netzwerks, das durch eine Unterstützung der Arbeit des The VOICE Refugee Forums die physische und politische Isolation der Flüchtlinge in der Gesellschaft durchbrechen will. Dabei stellt sich in der Netzwerkarbeit mitunter die Frage, ob sich nicht The VOICE selbst vergleichsweise isoliert fühlen müsste. Kirchliche Gruppen, Integrationsbeiräte oder andere bürgerliche Initiativen lehnen das Flüchtlingsnetzwerk oft als „zu radikal“ ab, zu keinerlei Kompromissen bereit. Zentraler Konfliktpunkt sind dabei v.a. die karitativen, paternalistischen Ansätze solcher Initiativen, die vornehmlich die sukzessive Verbesserung der konkreten Lebenssituation der Flüchtlinge im Sinn haben. Dass sie dabei in aller Regel eine systemstabilisierende Rolle ausfüllen, durch geförderte Sozialprogramme direkt vom System profitieren und fundamentale Kritik als kontraproduktiv sehen, führt dann unweigerlich zum Bruch mit The VOICE.

Lobbyarbeit vs. Selbstorganisation

In anders ausgerichteten Zusammenhängen konnte jedoch ebenso selten eine dauerhafte enge Zusammenarbeit mit Nicht-Flüchtlings-Gruppen etabliert werden. So kam es innerhalb bundesweiter Netzwerke bereits zu offenen Konflikten zwischen Flüchtlingsräten (bzw. ihnen nahestehenden Initiativen) und Lokalgruppen bzw. einzelnen Aktivist_innen von The VOICE. Den Flüchtlingen wird dabei immer wieder vorgeworfen, eine gesonderte Stellung zu beanspruchen, Sprecher_innenfunktionen zu vereinnahmen und damit eine horizontal organisierte Arbeit zu durchkreuzen. Speziell Flüchtlingsräte haben dabei den strukturellen Nachteil, dass ihre staatliche Förderung im Wesentlichen auf der öffentlichen Funktion beruht, eine Lobbyhaltung einzunehmen und die beratende Expertise in legislativen Prozessen oder öffentlichen Debatten bereitzustellen. Organisierte Flüchtlinge fühlen sich dadurch bevormundet oder haben den Eindruck, dass in ihrem Namen Kompromisse ausgehandelt werden, die sie nie befürworten würden.

Konflikte mit Gewohnheiten einer in Deutschland sozialisierten Linken

Aber auch mit – dem Selbstverständnis nach – linken, antirassistischen oder antifaschistischen Gruppen gibt es spezifische Konfliktfelder, die vielerorts immer wieder hervortreten. Als ein erstes erweist sich bereits der Arbeitsstil und die Strukturierung von gemeinsamen Treffen. Das Arbeiten in oft zwei, drei oder mehr Sprachen erschwert das Entstehen einer gemeinsamen Basis und kostet viel Geduld. So bilden sich unter Flüchtlingen und Nicht-Flüchtlingen oft – entgegen aller propagierter Überzeugung – feste, sich nach Sozialisation oder Hauptkommunikationssprache auftrennende Grüppchen heraus. Informationsveranstaltungen, die durchgehend in mehrere Sprachen übersetzt werden müssen, oder in denen rhetorisch unerfahrene Flüchtlinge zu Wort kommen, werden teilweise offen gemieden. Die Erwartungshaltung an flüssige, in einer bestimmten Szenesprache gehaltene Vorträge ist bei so mancher interessierter Person stärker als erwartet.

Noch größeres Konfliktpotenzial birgt die Frage, welche Aktionsformen für solche Bündnisse angemessen bzw. machbar sind. Hier treffen eine autonome Aktions- und Lebensphilosophie – und mithin die Vermeidung von auf Einzelpersonen reduzierten politischen Gruppen – mit der Lebensrealität der Flüchtlinge zusammen: Auf der einen Seite sollen staatlichen Repressionsstrukturen möglichst wenig Informationen über systemkritische Aktivist_innen geliefert sowie hierarchieanfällige Sprecher_innenrollen vermieden werden. Auf der anderen Seite müssen die individuell sehr unterschiedlichen Zusammenhänge von Fluchtursachen und spezifischer Entrechtungserfahrung in Deutschland dargestellt und Kampagnen für Einzelpersonen organisiert werden, die ohnehin einer völligen Entindividualisierung und staatlichen Kontrolle ausgesetzt sind. Die hierbei unterschiedlichen Hintergründe treten u.a. in Fragen von Offenheit der Bündnisgruppen oder Umgang mit Medien, viel mehr noch bei Auseinandersetzungen mit staatlichen Strukturen oder bei Demonstrationsgewohnheiten zu Tage.

An verschiedener Stelle gab es bereits Diskussionen um Aktionsformen, die für notwendig, aber aufgrund der ungleich höheren Repressionsgefahr für Flüchtlinge (primär: beschleunigte Abschiebung) nur für Nicht-Flüchtlinge als geeignet erachtet wurden. Das gleiche gilt für mögliche Konfrontationsszenarien während öffentlich angemeldeter Aktionen. So gibt es antifaschistische Gruppen, die sich in manchen Aktionen als „Schutz“ von Flüchtlingen vor Naziübergreifen verstanden wissen wollen. Diese Tendenz zum Paternalismus zeigt sich auch

in Aktionen, während derer von verummten Aktivist_innen bspw. Lagerzäune niedergedrückt werden – ein Bild, dem zweifelsohne eine romantische Befreiungssymbolik innewohnt. Tatsächlich weiß jedoch ein beträchtlicher Teil der Lagerbewohner_innen oft erstmal gar nichts mit so einer „Geste“ anzufangen, muss aufgrund des laufenden Asylverfahrens ohnehin auch nach der Aktion unter Kontrolle der Behörden wohnen bleiben, muss aber vor allem die daraufhin verschärften Sicherheitsvorkehrungen und Repressalien hinnehmen. Statt „Feuer und Flamme den Abschiebebehörden!“ würde so manches Mal ein „Die Selbstbefreiung der Flüchtlinge unterstützen!“ die größere Hilfe bedeuten.

Neben den bisher genannten Konfliktpunkten dürfen zwei weitere, die für viele Nicht-Flüchtlinge bzw. -Gruppen fundamentale Bedeutung haben, nicht fehlen. Der erste betrifft die sexistuskritische bzw. antiseixistische Grundhaltung. The VOICE Refugee Forum wird zwar organisatorisch von seit langem in Deutschland lebenden Flüchtlingen getragen, begreift aber jeden Flüchtling, der/die gegen die Verhältnisse aufbegehren will, als Teil von The VOICE. Das ergibt immer wieder eine sehr heterogene Struktur von The VOICE selbst, und umso mehr in der Bündnisarbeit. Flüchtlinge mit festem Bezug zu Religion, Menschen mit jahrzehntelanger Prägung von Gesellschaften mit sehr viel ungleicheren Geschlechterverhältnissen als denen in Mitteleuropa oder Familien, in denen durch Kriegs- und Fluchterfahrung bei Ankunft in Deutschland bestimmte Rollen noch tief verwurzelt sind, all jene werden im gemeinsamen Kampf um ein Leben in Würde und Freiheit vereint. Hier stehen in Deutschland sozialisierte Aktivist_innen mit emanzipatorischem und feministischem Anspruch immer wieder vor dem Konflikt, dass sie eben jenen strukturell stark von Unterdrückungsmechanismen Betroffenen ohne Vorbehalte entgegenzutreten und dennoch ihre eigenen Grenzen, was sexistisches Auftreten betrifft, nicht überschreiten wollen. Wer aber von einer Durchsetzung seiner antiseixistischen Haltung, wie sie in sog. „Feiräumen“, sprich Hausprojekten, Infoläden etc., in Form von zügigen Rausschmissen und Hausverboten praktiziert wird, nicht abweichen will, findet meist keinen Weg, sich langfristig mit Flüchtlingsgruppen zu organisieren.

Ein zweiter zentraler Punkt ist das Bekenntnis einiger politischer Gruppen zu uneingeschränkter Solidarität mit Israel. Flüchtlingsgruppen wie The VOICE thematisieren neben der Entrechtung in der BRD immer wieder auch die verschiedenen Fluchtursachen und die Zusammenhänge mit der Wirtschafts- und Außenpolitik Deutschlands und seiner Bündnispartner. Hier gilt auch wieder, dass allen Flüchtlingen aufgrund der strukturell bedingten gemeinsamen Erfahrung und Vision, ganz dem Namen Refugee Forum entsprechend, Raum geboten wird. Somit finden sich kurdische Aktivist_innen hier ebenso wieder wie aus Palästina stammende. Wo Erstere „nur“ hin und wieder den antinationalen Diskurs befeuern, stellen Letztere für z.B. einige Antifagruppen das größere Problem dar, insofern etwa Isarels Politik als Todesursache von Familienmitgliedern oder als Fluchtursache öffentlich kritisiert wird. Die Nicht-Anerkennung Palästinas hat dazu noch die bürokratische, aber verheerende Folge, dass Flüchtlinge aus palästinensischen Gebieten trotz Originaldokumenten in Deutschland überwiegend als „staatenlos“ verstanden werden, damit weder ein Asylverfahren abschließen können, noch einfach abzuschoben sind und deshalb jahrzehntelang in der prekären Situation der „Geduldeten“ verharren müssen.

Flüchtlingsproteste in Thüringen Erfolge und Enttäuschungen

Sömmerda: Im Sommer 2011 wurde in Thüringen, Landkreis Sömmerda, das Isolationslager Gangloffsömmern geschlossen. Dem vorausgegangen waren kontinuierliche Besuche von The VOICE-Aktivist_innen, Berichte im Internet und mehrere kritische Presseberichte. Die Schließung des Lagers kann zweifelsohne als ein Erfolg gefeiert werden. Allerdings eher als ein Erfolgskontinuierlicher Öffentlichkeitsarbeit von The VOICE, nicht als Erfolg der Selbstorganisation der Flüchtlingsgemeinschaft vor Ort. Wenn ein Lager geschlossen wird, bedeutet das noch lange nicht, dass die Flüchtlinge danach ein vollkommen selbstbestimmtes Leben führen können. Im besten Fall können sie in eine Wohnung in der Stadt ziehen, womit eine von den Dutzenden Maßnahmen der Entrechtung behoben wäre. Im weniger guten Fall werden sie einfach in ein anderes Lager umverteilt, das ebenso schlecht ist wie das vorige. Im schlimmsten Fall wird ihnen das isolierteste Lager zugewiesen und/oder sie geraten an eine Ausländerbehörde mit noch rassistischeren Angestellten als zuvor. Im Falle Gangloffsömmerns hätte all das passieren können, weil die dort lebenden Flüchtlinge zu keinem Zeitpunkt eine Einheit bildeten, geschweige denn auf eigene Faust Aktionen gestartet hätten. Es wurden schon viele Lager auf solche Art und Weise geschlossen. Teilweise gab es monatelange Kampagnen von Flüchtlingsräten und/oder antirassistischen Gruppen. Wenn jedoch die Schlie-

bung primär durch Druck von außen erreicht wurde, hat sie für die Lebenswirklichkeit der Flüchtlinge eine nur sehr beschränkte Wirkung.

Gerstungen: In Gerstungen, Wartburgkreis, gab es im Herbst 2010 mehrere Versammlungen von dort lebenden Flüchtlingen und The VOICE-Aktivist_innen. Es wurden Berichte zur Isolation und Schikane im Lager veröffentlicht, erste kritische Presseartikel erschienen. Bei einer Aktion in Bad Salzungen unterbrachen 30 Flüchtlinge aus Gerstungen die Rede des Thüringer Innenministers während einer Veranstaltung anlässlich vermeintlicher „Integrationserfolge“ im Landkreis, wiesen auf ihre Lebenssituation hin und forderten die Schließung des Lagers. Als daraufhin weitere Presseberichte folgten, schien der Landkreis unter Druck und die Flüchtlinge zunehmend selbstbewusster. Der Wendepunkt kam mit der Abschiebung eines iranischen Flüchtlings, der bei der Aktion in Bad Salzungen in der ersten Reihe stand, auch sichtbar auf einem Zeitungsfoto. Die Ausländerbehörde hat viele daran Beteiligte später spüren lassen, dass sie bei Fortsetzung der Proteste jegliche Restnade bei der Entscheidung über tägliche Bedürfnisse (z.B. Krankenschein, Urlaubsschein, Arbeitserlaubnis) verspielen oder gänzlich ihren Aufenthalt gefährden würden. Als eines Nachts die Polizei im Lager anrückte und die vierköpfige Familie des Aktivist_innen abführte, wurde die Angst unüberwindlich. Es kamen Vorwürfe auf, der Widerstand sei verantwortungslos von The VOICE initiiert worden und würde alles nur noch schlimmer machen. Infolgedessen hatten Pressevertreter_innen zunehmend Probleme, kritische Stimmen von Flüchtlingen zu bekommen. Als eben jener Innenminister, dem zuvor das Wort entzogen worden war, Wochen später im Lager auftauchte, trauten sich die vorigen Aktivist_innen der ersten Reihe angesichts der vollständig anwesenden Ausländerbehörde, Lagerleitung und Bodyguards kaum mehr, ein kritisches Wort zu verlieren. Zwar solidarisierten sich immer mehr Gruppen öffentlich mit der Forderung nach der Lagerschließung, doch war im Lager der Widerstand mittlerweile gebrochen.

Ein Jahr später, im September 2011 starb in Gerstungen ein 37-jähriger Flüchtling in seinem Zimmer. Gefunden wurde er erst Tage später aufgrund des zunehmenden Verwesungsgeruchs. Als die Leiche abgeholt wurde, mussten andere Flüchtlinge den Toten hinaustragen. Einige Menschen dort sind schwer traumatisiert, bekommen aber keine Antworten auf ihre Fragen, geschweige denn die Möglichkeit angemessener psychologischer Betreuung. Mit der Presse wollte danach trotz allem kein_e einzige_r Bewohner_in mehr sprechen.

Katzhütte: Im Frühjahr 2009 wurde in Thüringen, Landkreis Saalfeld-Rudolstadt, das Isolationslager Katzhütte geschlossen. Dem vorausgegangen waren viele Versammlungen der dort lebenden Flüchtlinge mit The VOICE-Aktivist_innen. Unter den Bewohner_innen wurden Sprecher_innen gefunden, die trotz Einschüchterungen durch Ausländerbehörde, Sicherheitsdienst und Polizei eine Pressekonferenz im Lager abhielten. Es gab Kundgebungen und Demonstrationen, an denen viele dort Lebende teilnahmen. Nach der Schließung kamen einige von ihnen in Wohnungen, einige in bessere Lager, einige aber auch in fast ebenso schlimme. Der Unterschied ist, dass die in Katzhütte Aktiven auch nach der Schließung das Flüchtlingsnetzwerk zusammenhielten, in ihren jeweiligen Lebensorten auf eigene Initiative Proteste begannen und bisher eingeschüchterte Flüchtlinge zu Widerstand mobilisierten.

Diese Beispiele zeigen, wie viel davon abhängt, dass Flüchtlinge sich solidarisieren und selbstbewusst zu ihrer Kritik der bestehenden Verhältnisse stehen. The VOICE Refugee Forum beansprucht tatsächlich in der Bündnisarbeit, Flüchtlingen die Priorität in der öffentlichen Wahrnehmung, d.h. bei Stellungnahmen und Auftritten, einzuräumen. Dabei kommt es auch zu Situationen, in denen Flüchtlinge mit Unterstützung langjähriger Aktivist_innen antikapitalistischer oder anarchistischer Gruppierungen öffentlich eben das einfordern, was ihre Unterstützer_innen bekämpfen: Elemente eines bürgerlichen Lebens, wie das Recht zu arbeiten oder Steuern zu zahlen. Ist es inkonsequent, an anderer Stelle die Bekämpfung voranzutreiben, in der Unterstützung von Flüchtlings selbstorganisation aber Zurückhaltung zu pflegen? Ist es gar eine Form von Rassismus, aufgrund der unterschiedlichen Hintergründe so ungleiche Maßstäbe anzusetzen?

Angesichts der oben beschriebenen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit The VOICE als Flüchtlingsnetzwerk haben einige Aktivist_innen entschieden, genau so zu verfahren: Eigene Inhalte mit denen von The VOICE zu verknüpfen, die bereits vorhandene Infrastruktur einer gewissen politischen Szene dem Flüchtlingsnetzwerk zur Verfügung zu stellen und trotz viel investierter Kraft und Zeit in die gemeinsame Arbeit bei Fragen von öffentlicher Präsenz und Positionierung bestimmte festgefahrene Haltungen abzulegen, um sich nicht nur den Hintergründen der Flüchtlinge nähern zu können, sondern auch, um Verknüpfungen der gemeinsamen Kämpfe und neue, gemeinsam geprägte Gewohnheiten zu finden, die als einzig konsequenter Weg einer gelebten Vision von Solidarität und Emanzipation auf allen Ebenen funktionieren.

Dieser Artikel stammt von zwei Aktivist_innen aus dem Unterstützer_innenkreis des The VOICE Refugee Forums

VERTEIDIGUNGSKAMPAGNE FÜR DIE GESCHWISTER ISMAILOV

Wir ziehen die rote Linie! • für ein sicheres und dauerhaftes Aufenthaltsrecht für ein Ende der Repression und Verfolgung durch die Ausländerbehörde im Landkreis Gifhorn

Im Alter von 12 bzw. 10 Jahren kamen Nurjana Ismailova und Nuradil Ismailow mit ihren Eltern nach Deutschland. Die Familie floh aus der russischen Teilrepublik Dagestan vor der Gewalteskalation zwischen russischen Sicherheitskräften und sogenannten islamistischen Rebellengruppen. Das Asylgesuch der Eltern wurde abgelehnt und seit Jahren versuchen die Behörden die Familie zur Ausreise zu zwingen, bzw. abzuschicken. Nurjana und Nuri sind in Deutschland aufgewachsen und gehören hier hin. Die ehemalige Heimat ihrer Eltern ist ihnen durch die unzähligen Gewaltverbrechen, terroristische Anschläge, Unterdrückung aufgrund von Herkunft und Geschlecht aus Berichten im Fernsehen oder Internet bekannt. Nurjana hat immer wieder Informationen über die Gewalteskalationen im Nordkaukasus gesammelt und diese verbreitet.

In einem aktuellen 21 seitigen Bericht der Schweizer Flüchtlingshilfe heißt es zu Dagestan: „...Trotz aller Bemühungen hat sich die Sicherheits- und Menschenrechtslage im Allgemeinen verschlechtert. Die Straflosigkeit stellt weiterhin ein großes Problem dar. ... Sowohl in Tschetschenien, als auch in Dagestan und in Inguschetien nahm die Gewalt seit dem Jahr 2010 bedeutend zu. Die Zahl der getöteten Personen hat zwar abgenommen, gleichzeitig ist aber die Zahl der Verletzten gestiegen, wobei es sich hauptsächlich um Zivilpersonen handelt. ... Dagestan ist nach wie vor die unruhigste Republik. Der Konflikt ist hier strak religiös geprägt, ein Teil der Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung wird von religiösen Fundamentalisten verübt. ... Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass Nordkaukasier auch im restlichen Russland nicht sicher sind: Rassismus gegenüber Kaukasiern ist in Russland weit verbreitet und hat einen sehr gewalttätigen Charakter. ...“ Das Fazit des Berichts der Schweizer Flüchtlingshilfe lautet: „...Der Alltag ist immer noch geprägt von Angst, Unsicherheit und Unterdrückung. Menschen werden weiterhin entführt, gefoltert, getötet, willkürlich festgehalten, bespitzelt und bedroht. Solange die Straflosigkeit, die allgegenwärtige Brutalität und Korruption nicht wirksam bekämpft werden, wird sich die Spirale der Gewalt weiter drehen.“ (SFH 12.09.2011)

Die Abschiebemaßnahmen der niedersächsischen Behörden sind angesichts der oben beschriebenen Lage ein kriminelles Unterfangen.



Nuradil Ismailow 18 Jahre, aufgewachsen im deutschen Lager-system, musste seine junge Boxkarriere abbrechen, da er ohne Aufenthaltstitel nicht an der deutschen Meisterschaft teilnehmen durfte. Nach Schulabschluss erhielt er keine Erlaubnis zur Aufnahme einer Ausbildung. Er macht Musik/HipHop mit Texten über das Leben in Deutschland:

„Warum hält man uns gefangen, ich kann das nicht verstehen, Bild dir Deine Meinung und sag, sind das Freudentränen? ... und wenn du gefangen bist in diesem Asylantenheim wünschst Du Dir nur eins: ein freier Mensch zu sein...“ AsylBLG von MC Nuri

Seit diesem Jahr gibt es eine Bleiberechtsregelung für sogenannte gut integrierte Jugendliche. Nurjana und Nuradil erfüllen diese Kriterien zweifellos. Die entsprechenden Anträge des Rechtsanwalts will die Ausländerbehörde Gifhorn trotzdem ablehnen wie sie bereits in einem ersten Schreiben deutlich gemacht haben.

Fast ein Jahrzehnt ihres Lebens haben die Geschwister in sogenannten Gemeinschaftsunterkünften bzw. Lagern für Asylbewerber im Landkreis Gifhorn verbracht. Einen Teil ihrer Kindheit und die ganze Jugendzeit mussten sie die Schrecken des Lagerlebens erfahren. Enge, Isolation, Gemeinschaftstoiletten, - duschen und -küchen, Gutscheinsystem ohne Bargeld, Erniedrigungen durch Lagerleitung und Behördenangestellte, Abschiebungen aus Nachbarzimmern, Nervenzusammenbrüche, Suizide und Suizidversuche, die ständige Drohung der eigenen Abschiebung – in den Lagern herrscht ein permanenter Aus-

nahmezustand.

Dieser wird nicht aufgrund von Mangel oder aus Not erzeugt, sondern aus dem politischen Willen, Flüchtlingen in Deutschland ein Existenzrecht zu verweigern. Das bedeutet, wenn die Menschen nicht „freiwillig“ gehen oder eine Abschiebung organisiert werden kann, sie bewusst Lebensbedingungen unterworfen werden, die auf lange Sicht den Menschen zerstören. Ärzte können Zeugnis darüber ablegen, wie das staatlich organisierte Lagerleben die Betroffenen krank und behandlungsbedürftig macht.

Unter diesen Bedingungen haben es die Eltern geschafft, ihren Kindern soviel Stabilität zu geben, dass sie sich nicht aufgeben, ihre Schulabschlüsse gut geschafft haben und sich sozial und politisch engagieren.

Nurjana und Nuradil haben immer noch Kraft und Mut für ihre Zukunft, für sich und andere Flüchtlinge in Deutschland zu kämpfen. Doch seit den öffentlichen Protesten für die Schließung der Lager im Frühjahr 2010 hat die Ausländerbehörde Gifhorn unter der Leitung von Kai Renders den Druck und die Drohungen gegen aktive Flüchtlinge verstärkt. Mit polizeilichen Maßnahmen, mit Verhören beispielsweise für Anträge auf vorübergehendes Verlassen des Landkreises, mit der Ablehnung fast aller Anfragen, mit Bespitzelung und Kontrollen, mit einer Wohnungsdurchsuchung und Beschlagnahme von privaten Unterlagen, CDs und Computer (der eine Spende des KARAWANE Netzwerks war), drückt sich der ganze Hass der Verantwortlichen aus.

Wir haben den Landkreis Gifhorn und die extreme Haltung der Behörden dort kennen gelernt, von zahlreichen Rechtsanwälten wurde unser Eindruck bestätigt. Die verantwortlichen Politiker sind nicht willens oder nicht fähig daran etwas zu ändern.

Eine Mitarbeiterin des Bundespräsidenten Wulff bittet um Verständnis, dass Ihr Dienstherr nicht in die Angelegenheiten der niedersächsischen Landesregierung eingreifen kann. Das UNHCR in Genf hat die Informationen über die Situation in Gifhorn zur Kenntnis genommen.

Nurjana Ismailova hat sich in die Öffentlichkeit begeben und über die Missstände und Probleme der Flüchtlinge gesprochen. Sie hat die Medien informiert und ihre Meinung zur Behandlung der Flüchtlinge ausgedrückt im Verhältnis des Satzes aus dem Grundgesetz, der in der Schule gelehrt wurde „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Nach dem tragischen Tod eines Flüchtlings aus dem Lager Meinersen am 1. März 2011 erklärten die Flüchtlinge aus Gifhorn: „Es ist ein schreckliches Unglück im Landkreis Gifhorn passiert.... Bitte helfen Sie uns diesen Skandal aufzuklären und in Zukunft zu verhindern....Es ist eine Katastrophe und Bestrafung für uns Asylbewerber_innen im Landkreis Gifhorn unter der Leitung der Landrätin Marion Lau, Michael Funke (Fachbereichsleiter der Ausländerbehörde), Herr Wienecke (Leiter des Sozialamts) Frau Wissmann (Kreisträtin), zu leben. Wir haben nicht nur einmal gegen die Methoden der Ausländerbehörde protestiert. Wir haben sehr oft versucht der Öffentlichkeit zu berichten, dass es uns im Landkreis Gifhorn sehr schlecht geht. Wir haben gesagt, dass unsere Nerven das bald nicht mehr aushalten. Wir haben in unserem offenen Brief an die Ausländerbehörde, an die Politiker, an das Innenministerium geschrieben, dass viele von uns suizidgefährdet sind. Doch die Ausländerbehörde und das Innenministerium haben unsere Forderungen und unsere Hilfeschreie einfach ignoriert...“ (3. März 2011)

Die Ausländerbehörde in Gifhorn hat die Anliegen der Flüchtlinge ignoriert, aber nicht die aktiven Flüchtlinge, die den Einschüchterungen zum Trotz über die menschenverachtenden und krank machenden Praktiken der Behörde berichtet haben.

Die Haltung der Behörden gegenüber Flüchtlingen, die sich gegen die Verletzung ihrer Menschenrechte wehren, zeigte sich exemplarisch bei der Vorladung der Eltern von Nurjana und Nuradil in die Landesaufnahmestelle Lüneburg zwecks Erzwangung der Mitarbeit zur Erlangung von Dokumenten zur Abschiebung der Familie.

Ein Beamter entriss Herrn Ismailow die Zeitung „Break Isolation“ über die Situation im Landkreis Gifhorn und las laut vor: „Wir wollen Bleiberecht“ Er lachte daraufhin laut und schrie aggressiv: „Euch werde ich zeigen, was Ihr wollt. Haha. Die wollen Bleiberecht, diese Schweine, ich steck Euch ins Gefängnis Ihr Idioten, ich mach Euch alle platt, hörst Du das?“

Nurjana, die draußen auf Ihre Eltern wartete, wurde von einem Mann angerufen (ihre Handynummer war in der Zeitung „Break Isolation“ veröffentlicht), der sie anschrie: „Was sind das für Lügen, die du hier schreibst in der Zeitung, du hast alles kaputt gemacht. Deine Familie wird noch leiden, das

schwöre ich Dir...“

Nach dieser Existenz bedrohenden Situation stellte Rechtsanwalt Peter Fahlbusch aus Hannover Anzeige wegen Beleidigung und Nötigung und ein weiterer Rechtsanwalt meldete sich, dass er ähnliche Erfahrungen mit den Verhören in der

Nurjana Ismailova 21 Jahre, aufgewachsen im deutschen Lager-system nach gutem Schulabschluss Verbot weiterführender Schulbildung oder einer Ausbildung, aktives Mitglied in der Organisation Jugend ohne Grenzen, Sprecherin der Flüchtlinge im Landkreis Gifhorn.



„Verurteilte wissen, wann sie entlassen werden, die haben eine bestimmte Zeit, die sie absitzen müssen, doch wir Asylbewerberinnen und Asylbewerber wissen NICHT, wann wir aus diesem System und von der Duldung wegkommen!! Mir kommt es vor, als ob ich eine lebenslange Strafe bekommen habe, obwohl ich keine Straftat begangen habe.“

Landesaufnahmestelle habe. In einer späteren polizeilichen Zeugenvorladung wegen der Vorfälle in Lüneburg wurde Herrn Ismailow eröffnet, dass er und seine Frau auch als Beschuldigte vernommen werden sollen, da man ein Verfahren gegen sie wegen Verstoß gegen die Mitwirkungspflicht eingeleitet habe. Wie im Todesfall von Shambu Lama werden Ermittlungen gegen die verantwortlichen Behörden verworfen und die Täter geschützt. Stattdessen werden die Opfer als Lügner diffamiert.

Genug ist genug!!

Unsere Intervention – eine Intervention aller AktivistInnen und UnterstützerInnen – ist notwendig.

Betreibt intensiv die Faxkampagne. Einen Musterbrief findet ihr auf unserer Internetseite www.thecaravan.org. Druckt diesen aus, verbreitet ihn und schickt ihn an die angegebenen Behörden. Gründet in euren Orten Solidaritätskomitees, organisiert Diskussionen und Veranstaltungen, bezieht weitere Kreise mit ein.

Machen wir deutlich:

Fassen sie einen von uns an, fassen sie alle von uns an.

Kontakt:

KARAWANE
für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen
Ralf Lourenco, Telefon: 0176 303 66 55 9

c/o Internationales Zentrum
Brigittenstr. 5, 20359 Hamburg
Tel: +49-40-43 18 90 37
Fax: +49-40-43 18 90 37
Email: free2move@nadir.org

Kontakt:

Nurjana Ismailova und Nuradil Ismailow
Kontakt: Rechtsanwalt Mark Nerlinger
Kanzlei 49, Budapester Str. 49, 20359 Hamburg
Telefon: 040 439 6001

Bitte vergesst nicht, dass auch finanzielle Mittel benötigt werden – Fahrtkosten, Kampagnenmaterial, Rechtsanwaltskosten, etc..

Spendenkonto:

Förderverein Karawane e.V.
Kontonummer: 4030780800
Bankleitzahl: 43060967
GLS Gemeinschaftsbank eG
Stichwort: Nurjana/Nuradil

Spendenquittung kann bei Bedarf ausgestellt werden.

DEUTSCHLAND UND SUDAN

Verschiedene Regierungen - gleiches Verhalten

Die internationale Gemeinschaft, Deutschland eingeschlossen, unterstützten und förderten die umfassenden Friedensgespräche und das Abkommen im Sudan 2005 unter dem Motto: Wir wollen dem sudanesischen Volk helfen, das Kämpfen zu beenden und mit der Schaffung des Friedens zu beginnen. Dieses Abkommen führte 2011 zur Aufspaltung des Sudan in zwei Länder – Nord- und Süd-Sudan. Tatsächlich ist dies eine große Lüge. Deutschland muss ehrlich und klar in Bezug auf die Situation im Sudan sein und erklären: Wir unterstützen die Teilung des Sudan, um zusammen mit der internationalen Gemeinschaft – vor allem den USA und China – an seine Erdöl- und anderen Naturressourcen heranzukommen.

Anstatt dem sudanesischen Volk zu helfen, das sehr müde, krank und arm ist, stellt sich Deutschland hinter den sudanesischen Präsidenten Omer H.A. Elbashir, der ein vom Internationalen Strafgerichtshof gesuchter Verbrecher ist, und unterstützt ihn bei seinen schlimmen Taten – Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Völkermord. Wie das ?

Um eine gute und praktische Antwort zu finden bedarf es nur einer Besuchsreise zu Flüchtlingslagern in Deutschland, insbesondere in Niedersachsen. Dort kann man sudanesischen Asylbewerber und Flüchtlinge finden, die aus dem Sudan entkommen sind. Du kannst sie über ihre Situation befragen, und sie werden dir erzählen, in welchem Ausmaß sie Opfer teuflischer Partnerschaft zwischen der deutschen und der sudanesischen Regierung sind.

Omer Elbashir und seine kriminelle Bande unterdrücken sudanesischen Menschen innerhalb des Sudan, während die deutsche Regierung es innerhalb Deutschlands tut. In der Tat verfolgt die deutsche Regierung eine unmenschliche barbarische Philosophie, Politik und einem solchen Mechanismus in ihrem Kampf gegen Flüchtlinge insgesamt, und gegen sudanesischen Flüchtlinge speziell.

Dieser Mechanismus beruht auf gewissen Werkzeugen und Faktoren:

1 – Deutschlands primitive Gesetze und Bestimmungen. Die lustige Sache hier ist, dass Deutschland in Flüchtlingsangelegen-

heiten einem alten Gesetzbuch folgt, nach dem die deutsche Verfassung zurechtgebogen wird.

2 – Rechtliche Unterstützung von den EU-Ländern: Ich möchte die Aufmerksamkeit auf die Beschlüsse von Dublin lenken, die den europäischen Regierungen das Recht geben, für den Flüchtling zu entscheiden, welcher Regierung er trauen kann.

3 – Geistige Isolation von Flüchtlingen. Hier spielt Deutschland ein Spiel, das als ein "Spiel mit der Sprache" bekannt ist. Obwohl die meisten Flüchtlinge kein deutsch können, besteht die deutsche Regierung darauf, mit Flüchtlingen in einer Sprache zu kommunizieren, die sie nicht können. Die Regierung sagt: Ich bin nicht verantwortlich, das ist nicht mein Problem, hier ist Deutschland: "Hey Flüchtling, sprich deutsch, oder du wirst sterben!"

4 – Physische Isolation. Die Sicht der deutschen Regierung ist diese: Flüchtlinge sind wie wilde Tiere; sie sind nicht genügend dafür qualifiziert, in solchen entwickelten Systemen und Gemeinschaften zu leben; so müssen sie weggesperrt werden von dieser wundervollen Gesellschaft, um sie zu schützen und diese Gesellschaft zu schützen.

5 – Das Schweigen und die Unfähigkeit des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR). Es ist eine klare Tatsache, dass die deutsche Regierung dieses ganze dreckige Spiel gegen Flüchtlinge spielt unter der Beobachtung und in Koordination mit dem UNHCR. Ich habe das UNHCR etliche Male kontaktiert, aber dabei kam ich zu dem Schluss, dass das UNHCR ein wichtiger Spieler ist in diesem Teufelsdreieck, das verantwortlich ist für alle diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dieses Dreieck ist: UNHCR, die deutsche Regierung und das Regime Omer Elbashirs.

Wie auch immer, Voltaire sagte, dass es extrem schädlich ist, moralisch böse Menschen an Stelle weiser Menschen in der Politik zu finden.

Die Würde des Menschen ist unverletzlich – das ist der erste Satz der deutschen Verfassung. Hey Deutschland, du willst eine große Nation sein – warum benutzt du dazu Lügen?

Maissara M. Saeed, Hannover



Maissara Saeed erklärt sich vor dem Flüchtlingslager in Zella-Mehlis solidarisch mit den Kämpfen der Flüchtlinge in Thüringen

EUROPA ENTSORGT GIFTMÜLL IN AFRIKA

Laut einer Studie der UNO werden Spielplätze in Afrika durch Elektromüll aus Europa verseucht [1]. Allein aus Deutschland werden pro Jahr etwa 100.000 Tonnen Elektroschrott aus Computern und Elektrogerät nach Afrika gebracht. Der Elektroschrott enthält unter anderem Blei, Cadmium und Zink. In einer Schule in Ghana's Hauptstadt Accra haben Wissenschaftler der Universität der Vereinten Nationen den Gehalt der obengenannten Elemente gemessen und diese hätten 50 Mal höher als die zulässigen Grenzwerte gelegen.

[1] Spiegel online: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/0,1518,794843,00.html>

DEUTSCHLANDS WAFEN FÜR DIKTATOREN

Laut einem Bericht von Amnesty International (AI) "Arms Transfers to the Middle East and North Africa" wurden von 2005 bis 2009 allein aus Deutschland Aufstandsbekämpfungswaffen im Wert von 77 Millionen Euro an Bahrain, Ägypten, Libyen, Syrien und den Jemen geliefert [1]. In diesen Staaten wurden Proteste blutig niedergeschlagen. Lybiens Regierung wurde durch die NATO gestürzt.

Laut dem selben Bericht war die Summe der aus Deutschland getätigten Waffenausfuhren im obengenannten Zeit- und Lieferraum mit 261 Millionen Euro viel höher. Bei ihrem obenzitierten Bericht habe sich Amnesty International lediglich auf Kleinwaffen, Granatenwerfer, gepanzerte Fahrzeuge für die Aufruhrbekämpfung konzentriert.

[1] taz vom 19.10.2011: <http://taz.de/Amnesty-Bericht-zu-Ruestungsexporten/!80262/>

PROFIT UND UNTERDRÜCKUNG MADE IN GERMANY

Die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik (DWT), eine Lobbyorganisation der deutschen Rüstungsindustrie, organisiert vom 31. Januar bis zum 2. Februar 2012 eine militärpolitische Tagung in Berlin [1]. Die Tagung „International Urban Operations Conference“ befasst sich mit der Aufstandsbekämpfung in den Großstädten der sogenannten „Dritten Welt“. Als Referenten vorgesehen sind neben Managern deutscher Waffenschmieden und hochrangigen Militärs auch Angehörige ziviler Forschungseinrichtungen. Vertreten sind unter anderem die Unternehmen EADS/Cassidian, Rheinmetall, Krauss-Maffei Wegmann, MBDA und Dynamit Nobel Defence. Die Tagung ist eine Bühne der deutschen Waffenindustrie und der Bundeswehr ihre Expertisen in Unterdrückungsmethoden und die dazugehörige Technologie in die Welt zu verkaufen.

[1] Internetseite der Tagung: <http://www.urban-operations-conference.com>

REPRESSION DER KURDISCHEN STIMME

Die Föderation kurdischer Vereine in Deutschland, YEK-KOM, hatte für den 26. November 2011 eine Demonstration in Berlin angemeldet. Unter dem Motto „Demokratie stärken, PKK-Verbot aufheben, Freiheit für A. Öcalan und Frieden in Kurdistan“ sollte daran erinnert werden, dass an diesem Tag des Jahres 1993 der damalige CDU-Innenminister Manfred Kanther das PKK-Verbot erlassen hat. „Die politisch Verantwortlichen in Deutschland haben sich eindeutig positioniert. Mit ihrer Repressionspolitik unterstützen sie den türkischen Staat, der seinen Krieg gegen die kurdische Zivilgesellschaft und ihre Institutionen sowie die kurdische Bewegung eskaliert.“ schreibt AZADI e.V. in einer Erklärung [1].

[1] <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/azadi/presse/2011/11/11125.html>

KEINE ENTSCHULDIGUNG FÜR VÖLKERMORD

Bundesregierung verweigert Entschuldigung für Völkermord an den Herero und Nama

Erniedrigung der namibischen Delegation durch die Bundesregierung

1904 erhoben sich im heutigen Namibia Hereros und Namas gegen die deutsche Besatzungs- und Kolonialmacht. Der Herero-Aufstand, wie er hier in Deutschland bezeichnet wurde, wurde im gleichen Jahr von der deutschen Kolonialarmee brutal niedergeschlagen. Die flüchtenden Kämpfer, auch Frauen und Kinder der Hereros, ließ Generalleutnant von Trotha in der Wüste Omaheke einkesseln, wo sie zu Tausenden verdursteten.

Die menschlichen Schädel der gefallenen Hereros wurden von den deutschen Truppen gesammelt und nach Deutschland gebracht. In deutschen Universitäten wurden die Schädel für Rassenkunde verwendet. In diesen Fächern sollte die "zivilisatorische Überlegenheit der eigenen Rasse" demonstriert und bewiesen werden. Seit langem verlangen die Nachfahren der damaligen Hereros die Rückgabe der Schädel an das heutige Namibia. Am 30. September wurden 20 Schädel der während des Aufstandes von 1904 gefallenen Herero und Nama an eine Delegation aus Namibia übergeben. Im Anschluss dokumentieren wir die gemeinsame Erklärung von Global African Congress, AFRO-TAK TV, cyberNomads, Initiative im Gedenken an Oury Jalloh, The VOICE Network Germany, Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD-Bund):

Berlin, 30.9.2011

Bundesregierung verweigert Entschuldigung für Völkermord an den Herero und Nama. Die namibische Delegation wird von der Bundesregierung erniedrigt.

Eine über sechzigköpfige Delegation aus Namibia ist extra nach Deutschland angereist, um die während des deutschen Völkermordes an den Herero und Nama geraubten Gebeine heimzuholen. Die Gebeine wurden damals zu sog. medizinischen Experimenten benutzt, um die Überlegenheit der weißen Rasse zu beweisen. Die Delegation wurde heute von der deutschen Bundesregierung erniedrigt. Die Gebeine werden von der Charite übergeben und nicht von der Bundesregierung. Und bei so einem historischen Anlass lässt sich kein Minister blicken, geschweige denn die Kanzlerin.

Die namibische Delegation bekommt keine Gelegenheit sich zur Versöhnung mit der deutschen Seite auszutauschen. Die Übergabe der Gebeine und ein weiterer Rückführungsvertrag soll nur auf der Ebene von Charite gehalten werden. In einer aktuellen

Pressemitteilung spricht das Auswärtige Amt von „verstorbenen“ Menschen und vermeidet den Völkermord zu benennen. Die Staatssekretärin, Frau Pieper, kommt zur Übergabe als Beobachterin, nicht als Akteurin zur Versöhnung und Wiedergutmachung. Der zuständige



Staatsminister für Kultur im Bundeskanzleramt ist nicht involviert. Der Empfang der namibischen Delegation auf niedriger Ebene ist Erniedrigung und zeigt, dass der Völkermord an Afrikanern nicht ernst genommen wird.

Das Verhalten der Bundesregierung ist ein Hohn für die Opfer des deutschen Völkermordes in Namibia. Die Anerkennung des Völkermordes wird verweigert, und bis heute ist keine Entschuldigung ausgesprochen. Gelder für Entwicklungspolitik, die nach deutschen Vorschriften verwendet werden, wurden als Wiedergutmachung deklariert.

In Namibia besitzen die Nachfahren der Täter den größten Teil des fruchtbaren Landes. Die Nachfahren der Opfer des Völkermordes sind immer noch landlos im eigenen Land. Die Deutsch-Namibianer besitzen immer noch das mit Gewalt und Betrug erschlichene Land.

Wir fordern eine offizielle Entschuldigung für den Völkermord an den Herero und Nama. Wir fordern Reparation für die Opfer des deutschen Genozids in Namibia. Wir fordern einen respektvollen Empfang der namibischen Delegation und wir fordern eine würdige Übergabe der Gebeine durch Vertreter der Bundesregierung. Wir fordern die Rückgabe nicht nur von zwanzig, sondern von allen tausenden Gebeinen an ihr afrikanisches Herkunftsland.

Kontakt: Yonas Endrias, Telefon: 030 2318 62 66, Handy: 0179 94 04 69 0, E-mail: endriasy@aol.com

AN DIE REDAKTION

An das Redaktionsteam der KARAWANE-Zeitung

Vielen Dank für die Idee unsere Stimme und Bewegung zu stärken.

Afrika ist ein reicher Kontinent mit Naturressourcen und vor allem vielen talentierten Menschen. Es ist schrecklich zu sehen, wie die Massen den Kontinent verlassen und die Diktaturen weiterhin walten lassen, mit ihrer Gier, Vetternwirtschaft und der Manipulation. Es ist nicht überall frei zu sagen, was richtig ist oder welcher Meinung Mensch ist. In Deutschland wird die KARAWANE-Zeitung das Schweigen brechen und die Flüchtlinge und MigrantInnen aufwecken, damit wir gemeinsam die Botschaft der KARAWANE sowohl und unsere eigenen Regierungen in unseren Herkunftsländern als auch an die westlichen Regierung richten können. Die Diktatoren müssen wissen, dass es ihretwegen ist, dass wir kategorisiert werden als Produkte der Korruption, Unterschlagung, Verbrechen und der Gelegenheiten.

Das ist es, warum wir überall auf der Welt eingepfercht werden in Flüchtlingscamps, isoliert und inhaftiert werden, um deportiert zu werden. Die Residenzpflicht wird uns aufgezungen, solange wir keine Perspektiven und die Kühnheit nicht entwickeln, zurückzuschlagen. Wir werden als die Dritte Welt bezeichnet, wir sind Bürger dritter Klasse. Flüchtlinge passen nirgends in die Gesellschaft. Die KARAWANE wird aber nicht zur Ruhe kommen, solange nicht alle Flüchtlingslager geschlossen sind, die Residenzpflicht, die Deportationen und die Diskriminierung, Zutaten des institutionalisierten Rassismus abgeschafft sind.

Rena und Eric Bwire aus Nürnberg

TERMINE

Aktionen zum Tag der Menschenrechte

10. Dezember 2011
Kundgebung in Hannover

12°°-16°° Uhr vor dem Hauptbahnhof
Ernst-August-Platz/Anfang Bahnhofstraße
<http://thecaravan.org/node/3091>

10. Dezember 2011
Kundgebung in Velbert (NRW)

<http://thecaravan.org/node/3091>

In Gedenken an Oury Jalloh

Samstag, 7. Januar 2011
7. Todestag Oury Jallohs
Demonstration in Dessau

Start am Dessauer Hauptbahnhof ab Mittags

In Gedenken an Mohammad Sillah

Samstag, 14. Januar 2011
Kundgebung in Remscheid

Infos folgen auf unserer Internetseite

Bundesweite Versammlung KARAWANE

Samstag und Sonntag,
31. März und 1. April 2012
Versammlung in Wuppertal oder Köln

Kontakt: wuppkarawane@yahoo.de

BREAK ISOLATION Camp in Thüringen

Ab dem 23. August 2012
Aktionscamp zur
Schließung der Lager in Thüringen

Kontakt: thevoiceforum@emdash.org

Kontakt Zeitungsredaktion:

The Voice of Refugees and Migrants
Email: newspaper@thecaravan.org
Telefon: +49 (0) 1578 65 46 336 (ab 19:00Uhr)

SCHREIBT UND STÄRKT UNSERE BEWEGUNG

Sevgili arkadaşlar,

Senede dört defa çıkacak olan KERVAN Gazetesi'nin ilk sayısını okumaktasınız.

Bu gazete aracılığıyla mücadelemizi ve sorunlarımızı insanlara tanıtmak, mücadelemiz hakkında diğer ilticacı ve göçmenleri bilgilendirmek istiyoruz. Kamplara ve sınır dışı uygulamasına karşı verdiğimiz mücadele boyunca edindiğimiz deneyimleri aktarmak istiyoruz. Kardeşlerimizin her gün temel haklarımız için ön cephe, polis saldırılarına ve Residenzpflicht/hareket özgürlüğünün sınırlanması kanununa karşı verdikleri savaşı belgelemek istiyoruz.

Ve en önemlisi, arkamızda bırakmak zorunda kaldığımız ülkeleri anlatmak istiyoruz. Ülkelerimizin sömürülmesinin ve yağmalanmasının tarihini anlatmak, güçlü devletlerin ve tekellerin terketmek zorunda kaldığımız yerlerde hâlâ yaşamı tehdit ettiğini belgelerle ortaya koymak istiyoruz. Gazetenin gelecek sayısı için sizlerin yazılarınıza ve tecrübelerinize ihtiyacımız var. Bu sayı hakkındaki görüş ve eleştirilerinize açığız. Yazılarınızı kendi dilinizde de yazabilirsiniz. Bütün yazıları imkanlarımız el verdiğince tercüme etmeye çalışacağız.

Yazılarınızı newspaper@thecaravan.org adresine gönderebilirsiniz

Yazı İşleri Bölümü

Chers Amis,

vous tenez dans votre main la première édition du KARAWANE-ZEITUNG, (Journal d'information de KARAWANE) qui sera publié quatre fois dans l'année.

A travers ce journal, nous voulons informer tous les réfugiés, immigrés et tierces personnes sur notre lutte. Nous voulons partager nos expériences dans la lutte contre la politique d'isolation des réfugiés (Lagersystem) et les camps de rapatriement. Nous voulons informer sur le courage de nos frères et soeurs qui prennent position chaque jour pour nos droits fondamentaux au devant de la scène publique contre la résidence forcée (residenzpflicht) ou les brutalités policières (polizeibrutalität).

Nous voulons aussi informer sur les raisons qui nous poussent à quitter nos pays, leurs histoires coloniales et leurs pillages continus au profit des grandes puissances (Etats et Sociétés) qui menacent constamment la vie des populations qui sont obligées de fuir leurs pays.

Pour la prochaine publication nous aurons besoin de vos témoignages et expériences vécues. Vous pouvez nous envoyer aussi vos suggestions et critiques concernant cette publication.

Vous écrire dans vos langues. On se chargera de la traduction.

La Rédaction

Contact: newspaper@thecaravan.org

اینها الصدیقات، ایها الأصدقاء

بین ایڈیکم الآن العدد الأول من مجلة "الكارافانة" التي سوف تصدر سنويا باربع أعداد. من خلال هذه المجلة نريد ايصال اهدافنا ونضالاتنا الى الآخرين كما نريد اخبار اللاجئين وطالبي اللجوء رجلا و نساء عن نضالاتنا.

نريد ايضا أن نضع تجاربنا وخبرتنا في النضال ضد نظام " المعسكرات" اي اللأجر و نظام الترحيل تحت تصرف الجميع للاستفادة منها. هذه المجلة تريد كذلك أن توثق شجاعة أختاتنا و اخوتنا حيث يقفون في مقدمة الصفوف من أجل حقوقنا الأساسية : ضد تقييد حركتنا في اطار محدد " الريزيدانس فليشت" و ضد عنف رجال الشرطة .

كما نريد أخيرا أن نخبر الجميع حول الأوضاع في بلداننا التي كنا مضطرين لمغادرتها. نريد في هذه المجلة أن نتحدث حول الاستعمار لبلداننا و استنزاف مواردها , نريد ان نكون شهودا على الدول و الشركات اللذين يهددون بعملهم هذا حياة اهلنا اللذين اجبرنا على تركهم .

نحن , في العدد القادم بانتظار مقالاتكم و تجاربكم الشخصية لنشرها . كذلك نحن بانتظار ملاحظاتكم و انتقاداتكم لهذا العدد . تستطيعون الكتابة الينا بلغتكم الأم و سنحاول ترجمة كل ما نكتبوه .

هذا هو عنواننا:

newspaper@thecaravan.org

مع تحيات هيئة التحرير

Dear friends,

you have just received the first publication of the caravan newspaper "The Voice of Refugees and Migrants". This newspaper will be published four times per year. With this newspaper we want to transport our struggles and message to people around us and inform them about our fights. We also want to reach the refugee and immigrant to make them aware to fight against isolation and deportation system.

We also wants to draw the attention of our brothers and sisters to let them aware about the fundematal basic human right, the right to live as human being and fight against police brutality. We also want to informed the countries, we have to flee, the history about colianisation and the explotation of our countries. We also want to report the evidence about the powerful nation and companies thier continued threat to the inhabitant ,which forces this people to leave their countries.

We would be very glad if you can make a contribution on our next publication, through you critic, your experience and your feedback would be welcome. You can also send your article to the publisher you experience, your fight to share with us, it can also be in your original language this we can translate e-mail newspaper@thecaravan.org

Liebe Freundinnen und Freunde,

Ihr haltet die erste Ausgabe der KARAWANE-Zeitung in den Händen, die zukünftig viermal im Jahr erscheinen wird. Durch die Zeitung wollen wir unsere Kämpfe und Anliegen weiteren Menschen zugänglich machen und andere Flüchtlinge und MigrantInnen über unsere Kämpfe informieren. Wir wollen unsere Erfahrungen im Kampf gegen das Lager- und Abschiebesystem teilen. Wir wollen den Mut unserer Schwestern und Brüdern dokumentieren, die sich tagtäglich für unsere Grundrechte an der vordersten Front einsetzen: gegen die Residenzpflicht oder gegen Polizeibrutalität. Nicht zuletzt wollen wir über die Länder informieren, welche wir verlassen mussten. Wir wollen über die Geschichte der Kolonialisierung und Ausplünderung unserer Länder berichten und Zeugnisse ablegen, wie die mächtigen Staaten und Konzerne weiterhin konkret das Leben derer bedrohen, die wir verlassen mussten.

Für die nächste Zeitungsausgaben brauchen wir wieder eure Texte mit Euren Erfahrungen. Bitte schickt eure Texte uns bis Ende Februar 2012 entweder per Email oder per Post zu. Ihr könnt uns auch Rückmeldungen und Kritik zu dieser Ausgabe schicken. Die Artikel könnt Ihr in Euren Sprachen schreiben. Wir versuchen, alles zu übersetzen.

Schreibt uns an: newspaper@thecaravan.org

Euer Redaktionsteam

اولين شماره ی نشریه ی کاراوان هم اکنون در دسترس شماست که از این پس چهار بار درسال به چاپ خواهد رسید.

بوسیله ی این فصلنامه ما می خواهیم مبارزات و مطالبات خود را در دسترس مردم قرار داده و به دیگر پناهجویان و خارجیان در باره ی مبارزاتمان اطلاع رسانی کنیم. ما می خواهیم تجربیاتمان را در رابطه با مبارزه علیه اردوگاههای پناهجویی و نظام اخراج پناهجویان به اشتراک بگذاریم. ما می خواهیم شجاعت خواران و برادرانمان را که هر روزه برای کسب حقوق اساسی مان که در رأس آنها: مبارزه علیه اقامت اجباری در محدوده ی مشخص و یا خشونت پلیس قرار دارد ، ثبت کنیم.

ما نمی خواهیم در باره ی کشورهایی که ما می بایستی آنها را ترک می نمودیم اطلاع رسانی کنیم ، بلکه می خواهیم در باره ی تاریخ مستعمره سازی و غارت کشورهاییمان گزارش داده و شواهد خود را در باره ی چگونگی عملکرد کشورهای قدرتمند و شرکتهای متحد تجاری (کنسرن ها) که همچنان زندگی مردم این کشورها را تهدید می کنند به شکلی که آنها باید سرزمینشان را ترک نمایند ارائه نماییم.

برای شماره ی بعدی فصلنامه ما نیاز به مطالب ، مقالات و تجربیات شما داریم. لطفا نوشته هایمان را تا آخر فوریه ی 2012 ، یا به وسیله ی ایمیل و یا به وسیله ی پست برای ما بفرستید.

شما می توانید مقالاتتان را به زبان مادری خود بنویسید، ما سعی خواهیم کرد که تمام آنرا ترجمه نماییم.

با درود، تیم تحریریه ی شما
newspaper@thecaravan.org : آدرس ایمیل

NEUE FILME

Residenzpflicht, Dokumentarfilm 71 Minuten

Der Film Residenzpflicht der Regisseurin Diese Garcia Bergt zeigt den Kampf von politischen Aktivisten, die sich nicht als Opfer sehen und dementsprechend behandeln lassen wollen, sondern für ihre Grundrechte kämpfen. Der Film zeigt, in welchem geschichtlichen Kontext die Menschenrechte verkündet wurden, nämlich zu einer Zeit, in der noch Kolonien existierten. Von dort schreitet der Film immer wieder zur heutigen Zeit und erklärt die heutigen Regeln, die speziell für Flüchtlinge gemacht worden sind.

Internet: <http://residenzpflichtdoc.com>

„H“ WIE HEIMAT

Die 40-minütige Dokumentation „H wie Heimat“ entstand im Frühjahr 2010 und Sommer 2011 mit BewohnerInnen des Flüchtlingsheimes Talstraße 24 in Velbert, Nordrheinwestfalen. Die Regisseurin, Mehrandokht Feizi, ist Filmemacherin aus dem Iran. Nach „Wir haben das alles satt! Les Réfugiés- eine Band aus dem Flüchtlingslager Blankenburg“ ist dieser Film bereits ihr zweiter Film über das Leben der Flüchtlinge in Deutschland. Mehr Infos und Filmbestellung: wuppkarawane@yahoo.de

Kontaktbüros des KARAWANE-Netzwerks in Ihrer Region

	Telefon	Email	Adresse
Berlin	0170 8788124	the_voice_berlin@gmx.de	Haus Bethanien, Südflügel, Mariannenplatz 2, 10997 Berlin
Hamburg	040 43189037	free2move@nadir.org	Brigittenstraße 5, 20359 Hamburg
Jena	0176 24568988	thevoiceforum@emdash.org	Schillergässchen 5, 07745 Jena
Stuttgart	0176 27873832	thevoicebdw@yahoo.de	Böblinger Straße 105, 70199 Stuttgart
Wuppertal	015786546336	wuppkarawane@yahoo.de	c/o AZ Wuppertal, Markomanenstraße 3, 42105 Wuppertal

Die KARAWANE wird finanziell durch viele Einzelpersonen und die Bewegungstiftung unterstützt.

